

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Erich Honecker „lebt“

Ein Gespenst geht um in Deutschland

Die Nation driftet nach links!

Dossier

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Erich Honecker „lebt“

Ein Gespenst geht um in Deutschland

Deutschland driftet nach links!

DOSSIER

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Februar 2008

2. Auflage: März 2008
1. Auflage: Februar 2008

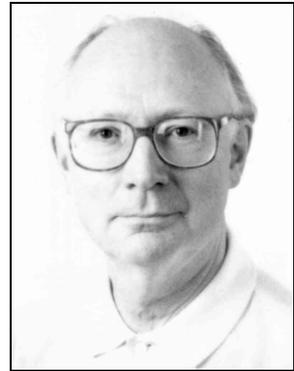
Alle Rechte bei:
Die Deutschen Konservativen e.V.
Beethovenstraße 60
22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de - info@konservative.de

Druck:
SZ-Druck, St. Augustin

Inhalts-Verzeichnis

Einiges über den Autor dieser Ausarbeitung.....	Seite 7
Vorwort von Heinrich Lummer.....	Seite 9
1. Die geistige Situation der Zeit. Eine Epoche der Wenden und Wandlungen.Ein Zeitalter des gärenden, widersprüchlichen Überganges.....	Seite 11
2. Warum driften wir nach links? Von der SED über die PDS zur Partei „Die Linke“. Kontinuität und Wandlung.....	Seite 17
3. Die Partei „Die Linke“ – vom Paria zum Partner.....	Seite 23
4. Der Antifaschismus als Lebenselement der Linken in Deutschland. Antifaschismus als „Leitkultur“. Antifaschismus ist Sozialismus. Antifa als Volksfrontideologie.....	Seite 31
5. Die „Bürgerlichen“ versagen vor der linken Welle.....	Seite 43
6. „Wandel durch Annäherung“. Rot-Rot-Grün: Realität oder Phantasie? Die SPD und die Grünen als Partner der Partei „Die Linke“.....	Seite 47
7. Warum ist die Linke trotz früherer Pleiten heute erfolgreich?.....	Seite 53
8. Was blüht uns? Was Rot – Rot – Grün alles anrichten kann.....	Seite 57
9. Was können und sollten wir gegen die unterschätzte linke Gefahr tun?.....	Seite 63
10. Literaturübersicht.....	Seite 68
11. Eine kleine Selbstdarstellung vom Herausgeber.....	Seite 70

Der Autor



Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

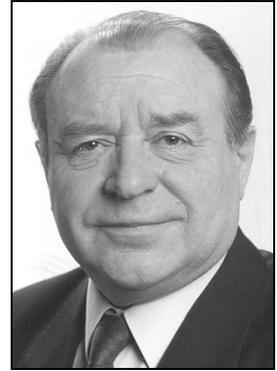
Hans-Helmuth Knütter, geb. 1934 in Stralsund, Studium der Geschichte und Soziologie an der Freien Universität Berlin. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn, seit 1996 im aktiven Ruhestand.

Arbeitsgebiete: Zeitgeschichte, Extremismus, insbesondere Linksextremismus und Antifaschismus. Deutschfeindlichkeit. Politische Ideen. Zeitweilige Gutachter- und Lehrtätigkeit für staatliche Sicherheitsbehörden.

Bisherige Veröffentlichungen: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. 2. Aufl. 1962; Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik, 1971; Deutschfeindlichkeit. Gestern, heute und morgen...?, 1991; Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind, München 2000 (gemeinsam mit Stefan Winckler); Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, 2002 (gemeinsam mit Stefan Winckler); Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen alternativen Verfassungsschutz-Bericht, 2007 (gemeinsam mit Josef Schüßlburner).

Vorwort

von Heinrich Lummer



Heinrich Lummer

„Links oder linksextrem – das gibt es doch gar nicht!“ kann man von unbedarften Zeitgenossen öfter hören. Damit beweisen sie nur eines. Nämlich die Hörigkeit gegenüber den volksverdummenden Medien. Dort wird nahezu alles, was von links kommt, verharmlost, wenn nicht gar verschwiegen oder antifaschistisch, als „Kampf gegen rechts“, moralisch gerechtfertigt.

Was nicht in den Medien ist, existiert nicht in der Wirklichkeit. Aber was sie darstellen, hat eine unheilvolle Wirkung, gerade, wenn es falsch ist. Hier wird deswegen der Versuch einer Gegenöffentlichkeit unternommen. Sicher, wir wissen: gegen Interessen helfen keine Argumente, wirkt keine Vernunft. Und dieses Interesse an der „Ausgrenzung“ der Rechten und der Verharmlosung der Linken besteht. Die etablierten Parteipolitiker stellen mit dem schiefen Blick aufs Ausland („Deutschlands Ansehen wahren“) staatliche Gelder für den „Kampf gegen Rechts“ zur Verfügung und die Linken freuen sich über den warmen finanziellen Segen. Dieses verderbliche Treiben aufzudecken, ist die Aufgabe unserer Broschüre. Niemand soll später einmal in bekannter Manier sagen können, man habe es nicht gewußt. Wir leben in einer wendereichen, wirren Zeit. Gestern noch erlebten die Linken mit dem Zusammenbruch des Sozialismus eine Pleite von

welthistorischem Ausmaß. Heute hingegen gelten sie als salonfähig und stehen in der Bundesrepublik vor einer Regierungsbeteiligung.

Gewiß, was sich heute auf der Linken zusammenrottet, ist wenig attraktiv: ideologisch verschwiemelt, organisatorisch gespalten, nur durch das Feindbild „Kampf gegen Rechts“ zusammengehalten, kaum verhüllt gewaltbereit und kriminell.

Hat es Zweck, aufklärend dagegen anzugehen? Wie gesagt, die Interessenvertreter und antifaschistischen Geschäftemacher sind taub für Argumente, Aber für viele verdummte, verhetzte, im Grunde doch gutgläubige sog. „Bürgerliche“ gilt das nicht. Sie sind die Aufzuklärenden. Sie können durch politische, moralische und nicht zuletzt durch finanzielle Unterstützung des Aufklärungskampfes dazu beitragen, aus der Defensive in die Offensive überzugehen. Dies zu erreichen, soll diese Broschüre ein Beitrag sein!

Heinrich Lummer

Berlin, im Februar 2008

Kapitel 1

Die geistige Situation der Zeit. Eine Epoche der Wenden und Wandlungen. Ein Zeitalter des gärenden, widersprüchlichen Überganges.

Das Lebensgefühl der Gegenwart ist bei den Menschen der meisten Kulturkreise von einem allgemeinen Krisenbewußtsein geprägt. Deshalb ist eine Gegenwartsdiagnose nötig. Die Antwort auf die Frage, wo wir stehen, woher wir kommen und wohin wir gehen, ist in der Krise der Werte und Maßstäbe nicht selbstverständlich, sondern muß mühselig gesucht werden. Die Krise des Staates und der Parteien ist eingebettet in ein globales Krisenbewußtsein unserer Tage. Der Fortschrittsoptimismus vergangener Jahrzehnte ist abgelöst worden durch einen weltweiten Pessimismus, wobei dieses Bewußtsein in Deutschland eine besondere Rolle spielt. Es gibt Ängste vor

- dem Extremismus
- dem Islamismus
- dem Versagen ökonomischer Effizienz
- Aufbrauchen der Ressourcen der Erde, was zum Ende des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit führt
- Krieg und Rüstungswettlauf
- einer ökologischen Katastrophe
- den Folgen von Migration
- neuerdings ganz massiv vor der von Menschen beeinflussten Klimaveränderung
- dem Zerfall der Moral, Kriminalität und Terror. Sie ereignen sich nicht nur, sie werden als Widerstand moralisch gerechtfertigt.
- Demokratie und Rechtsstaat gelten infolgedessen als gefährdet.

Abwehrmaßnahmen gegen die hier genannten Gefahren bedrohen das in Jahrzehnten erreichte Maß an Freiheit.

Die Krise des heutigen Staatsverständnisses hat nationale und internationale Gründe. Zu den übernationalen zählen

- Technischer Wandel
- Bevölkerungsexplosion und Migration
- Welternährungsprobleme
- Die Energielücke
- Umweltbelastung
- Internationale Verschuldung
- Beschäftigungsprobleme (Arbeitslosigkeit)
- Rüstungswettlauf.

Es gibt einen internationalen Wandel von noch unabsehbarem Ausmaß. Er liegt im Aufstieg asiatischer Staaten, Chinas und Indiens, begründet. Es geht nicht allein um deren riesige Bevölkerungszahl und ihre wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch um die psychosoziale Situation: In Asien herrscht eine Stimmung des Aufbruchs, des Aufstiegs und des Optimismus. Die Zukunftserwartungen sind positiv, die Bereitschaft zum Zupacken und Gestalten herrscht vor. Risikobereitschaft und geringe soziale Ansprüche wirken als zusätzliche Triebkraft des Aufstiegs. Demgegenüber ist Europa überaltert, erstarrt und in einem Wohlstands- und Sicherheitsdenken verstrickt, das gegenüber den Aufstiegländern schwächt.

Die Folge ist eine Bewußtseinskrise. Die politischen Ordnungen werden nicht mehr als legitim betrachtet, der Glaube an die Machbarkeit schwindet. Die Bereitschaft, sich mit der politischen Ordnung zu identifizieren, nimmt ab. Zu den nationalen, also auf Deutschland bezogenen Gründen, zählen die Traditionsbrüche, die eine starke Unsicherheit der Werte und Maßstäbe zur Folge hatten.

Das deutsche Staatsverständnis ist durch eine unpolitische, realitätsferne Geisteshaltung beeinflusst, die ihrerseits Folge der Fernhaltung von politischer Mitverantwortung seit der Zeit des Absolutismus ist. Die Abkehr vom traditionellen deutschen Staatsverständnis, das eine überaus positive Einschätzung des Staates

einschloß, erfolgte während des Ersten Weltkrieges, als das Mißtrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates begann und wuchs.

Hat sich der Staat in Deutschland, zuerst in der westdeutschen Bundesrepublik, seit 1949 gefestigt oder haben der kämpferische, streitbare Impuls der ersten Jahre mit zunehmender Sätturiertheit nachgelassen? Ein treffendes Witzwort charakterisiert den modernen Staat als einen kastrierten Kater - er nimmt an Umfang zu, was ihm fehlt, ist die Potenz.

Die Niederlage des „starken Staates“ 1945 eröffnete – verstärkt durch wirtschaftlichen Aufstieg – einer hedonistischen Lebenseinstellung den Weg, mit der Folge der Abkehr vom traditionellen Staatsverständnis, aber auch von anderen traditionellen Werten. Dieser Wertewandel wirkte sich auf Rechtsprechung und Gesetzgebung erst ab ca. 1962 aus: Die Rechte und Ansprüche des Individuums haben Vorrang vor denen des Staates und der Allgemeinheit.

Die deutsche Bevölkerung lebt wie in einem Drehschwindel, in einer Situation ohne Orientierungsmöglichkeit. Alles ändert sich an jedem Tag, oben, unten, rechts, links, vorne, hinten: alles geht durcheinander. Die Folge ist eine passive Haltung. Wer schwindlig ist, kann keine Richtung erkennen und neigt dazu, zu bleiben, wo er ist. Er klammert sich an die Hoffnung, nicht umzufallen. So einer geht nicht auf die Barrikaden aus Furcht, zusammenzubrechen. Die Gegenwart ist ein Zeitalter der Wandlungen, deren Folge Orientierungslosigkeit, aber genauso Orientierungsbedürftigkeit ist. Wir leben (positiv gesehen) in einer Zeit der Herausforderungen, die aber Mut, Einfallsreichtum und die Chancen, die Situation in den Griff zu bekommen, erfordern. Es geht darum, die Zukunft möglichst nach Wunsch und Plan zu gestalten.

Der Versuch einer Ortsbestimmung der Gegenwart führt zur Feststellung, wir leben in einer Zeit des Überganges. Vor einigen Jahren erschien ein faszinierendes Buch von Barbara Tuchman (Der ferne Spiegel, Düsseldorf 1980). Hier wird die Auffassung vertreten,

daß unser 20. Jahrhundert sich wie in einem fernen Spiegel im 14. Jahrhundert spiegele. Das 14. Jahrhundert ist eine seltsam gesichtslose, aber von gärender Widersprüchlichkeit erfüllte Zeit, das Jahrhundert des kirchlichen Schismas, der religiösen Unruhen – Hus in Böhmen, Wiclif in England. Es ist die Zeit der Nachwirkungen politischer Wirren in Deutschland, Kaiser und Gegenkaiser, so wie es Papst und Gegenpapst gab, das Jahrhundert des „Schwarzen Todes“, der Pest, erfüllt von Lebensängsten. Befürchtungen, das Ende der Welt stehe bevor, der Weltuntergang drohe – das sind Parallelen zu unserer Zeit, erfüllt von Unsicherheiten und von widerstreitenden Gefühlen. Eine alte Welt war untergegangen, eine neue Zeit dämmerte herauf, die in ihren Konturen noch sehr unscharf und unsicher war. Unsere Gegenwart ist, wie jenes 14. Jahrhundert, eine Inkubationszeit. So wie damals sich Humanismus und Reformation und – sehr viel später – die Aufklärung entwickelt haben, so entsteht auch in unserer Zeit Neues, das aber in seinen Strukturen noch nicht erkennbar ist.

Als vorläufiges Fazit möge festgehalten werden, daß keine Befürchtung für einen Weltuntergang berechtigt ist. Es geht uns doch nicht schlecht, aber wir fühlen uns bedroht: „Warte nur, balde...“ Deshalb: Ohne den Anspruch, eine Therapie zur Rettung geben zu können, soll hier eine Ortsbestimmung der Gegenwart versucht werden: Woher komme ich, ein animal sociale, in einer ganz bestimmten Gesellschaft und in einem ganz bestimmten Staate lebend? Wo stehe ich heute und wohin gehe ich?

Zu den Wenden und Wandlungen der Gegenwart gehört die Linksdrift in Deutschland. Ausgerechnet hier – in Deutschland, das Land, das die doppelte Erfahrung sowohl einer rechten, der nationalsozialistischen, wie einer linken, der kommunistischen totalitären Herrschaft gemacht hat. Ausgerechnet hier erstarkt die Linke und droht, die Herrschaft übernehmen oder mindestens maßgeblich mitgestalten zu können. Wohlgemerkt: Hier ist zwar die Nachfolgepartei der SED gemeint, aber alleine könnte sie nichts erreichen. Nur im Bündnis mit den anderen, angeblich maßvolleren linken Parteien, der SPD und Grünen, wird sie erst salonfähig gemacht und dann in den Sattel gesetzt.

Halten wir inne und fragen, was denn das eigentlich ist – „links“?

Schon immer hat es Behauptungen gegeben, die Rechts-Links-Einteilung, der Sitzordnung der Parlamente aus dem 19. Jahrhundert stammend, sei überholt. In der Tat verwischen sich die Kennzeichen: National, bürgerlich, Ordnung, Staatsvertrauen als ethische Größe, nationale Freiheit und Souveränität galten und gelten als „rechts“, Gleichheit, soziale Sicherheit, auch durch den Staat, Emanzipation der ärmeren Bevölkerung gelten als „links“.

Seit der Weimarer Republik und der NS-Zeit lockerte sich diese Zuordnung. Die NSDAP okkupierte mit dem „nationalen Sozialismus“ und der in ihrem Namen vertretenen Berufung auf die Arbeiterschaft Felder, die bisher als „links“ galten. Die Kommunisten des Ostblocks übernahmen den Nationalismus und die Staatsomnipotenz, also bisher der „Rechten“ vorbehaltene Gebiete. Trotz dieser Veränderungen, Teil der Wandlungen unserer wendereichen Zeit, bleiben aber im allgemeinen Verständnis die alten Einteilungen erhalten. Deshalb ist es sinnvoll, sie weiterhin zu verwenden, im Bewußtsein ihrer Veränderlichkeit. Darauf hat der Historiker Eric Hobsbawm hingewiesen. Er meint, der Gegensatz links – rechts habe die Politik des 20. Jahrhunderts bestimmt. Im 21. Jahrhundert aber werde es der von Freiheit und Sicherheit sein (Cicero 9/2007).

Es ist eine Tatsache, daß sich in Deutschland nach 1990 eine allmähliche Linksentwicklung vollzog. Die Linke hat nicht plötzlich und überraschend die Dominanz erlangt. Es hat schon 1945 diese Tendenz gegeben als Reaktion auf die zugrundegegangene extrem rechte Herrschaft des Nationalsozialismus. Die Linke kam hoch, gefördert von der Sowjetunion, im folgenden Ost-West-Konflikt wurde die Linkstendenz überdeckt. Aber nach 1989/91 kam sie wieder zum Ausbruch. Bereits in der Weimarer Republik hatte es im Kreis um die kleine, aber in intellektuellen Kreisen einflußreiche Zeitschrift „Die Weltbühne“ eine solche Linkstendenz gegeben. Damals war es eine Minderheitenerscheinung. Unter dem Eindruck der „Ausländerfeindlichkeit“ erlangte sie 1991/92 erneut öffentlichen Einfluß.

Die Wurzeln der heutigen Linksdrift reichen weit in die Geschichte zurück. Sie gehen mindestens bis in die Weimarer Republik, z. T. sogar bis ins Kaiserreich zurück.

Das Institut für Demoskopie hat ermittelt, daß sich seit 1994 wachsende Teile der Bevölkerung selbst als „links“ einordnen. Dabei ist offenbar das Streben nach sozialer Sicherheit, die durch den Staat garantiert werden sollte, das entscheidende Motiv (Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993 – 1997, Band 10, S. 798 – 811, FAZ 24.6.1998, und E. Noelle-Neumann: Die linken und die rechten Werte. Ein Ringen um das Meinungsklima. In: Theorie und Praxis. Festschrift für Nikolaus Lobkowicz. Berlin 1996, S. 243 -268). Im Auftrag der ZEIT, Hamburg, ermittelte eine Emnid-Umfrage, daß 32% der Befragten sich selbst als „links“ einordnen, 52% zählen sich zur „Mitte“ und 11% als „rechts“ (ZEIT 9.8.2007). Was heißt da schon, die Begriffe seien überholt? Sie dienen doch offenkundig als Merkmal zur Selbsteinschätzung und zur politischen Positionierung auch heute noch!

Die Unsicherheit der Begriffe muß erkannt werden. Wir leben, wie gesagt, in wendereicher Zeit. Dennoch sind sie zur Erklärung der Zusammenhänge unverzichtbar, sie vermitteln Orientierung und das bedeutet: Immer noch tritt die Linke für Gleichheit, Vermittlung sozialer Sicherheit durch den Staat, öffentliches Eigentum und die Einschränkung der persönlichen Freiheit ein. Ihre unterscheidende, trennende Funktion aber haben die Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts verloren. Zu politischer Ortsbestimmung werden sie nach wie vor gebraucht. Allerdings mit zeit- und entwicklungsbedingten Einschränkungen.

Kapitel 2

Warum geht die Drift nach links? Von der SED über die PDS Zur Partei „Die Linke“. Kontinuität und Wandlung.

An dieser Stelle müssen wir uns um eine Erklärung für die Ursachen der Linksdrift im heutigen vereinigten Deutschland bemühen. Eine Linkstendenz ist hierzulande nicht selbstverständlich. Es entspricht der deutschen Tradition, den Staat, staatliche Ordnung und Vorsorge für den Einzelnen durch den Staat hoch zu schätzen. Das gilt für die frühere Zeit der Untertanen wie auch für die angeblich „mündigen Bürger“ des 19. und 20. Jahrhunderts. Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, ein Land mit offenen Grenzen, war viele Jahrhunderte lang Tummelplatz religiöser und später ideologischer Streitigkeiten. Leben, Eigentum, Sicherheit jeder Generation waren gefährdet. Deshalb galt der starke Staat als Schutzmacht. Ordnung als Wert rangierte in Deutschland vor der Freiheit des einzelnen Bürgers. Typische linke Werte – Gleichheit, Staats- und Gesellschaftskritik, Individualismus – galten weniger als eine effektive Ordnung, die, wie gesagt, äußere, innere, persönliche und sachliche Sicherheit versprach.

Hier ist ein grundsätzlicher Wandel eingetreten. Wir leben in einer wendereichen Zeit, in einer gärenden Übergangsepoche schneller Veränderungen, deren Ergebnis noch nicht feststeht. Die Veränderungen auf allen Lebensbereichen rufen Unsicherheit hervor. Warum aber suchen viele Menschen, die fehlende Sicherheit, die beruhigende Orientierung nun ausgerechnet bei der Linken, wo doch bisher Reform, Revolution, Erneuerung, Veränderung zu Hause waren? Wir müssen etwas ausholen, um dies zu verstehen.

Die heutige Linke des 21. Jahrhunderts unterscheidet sich von der revolutionären Linken des 19. und 20. Jahrhunderts. Die revolutionäre Linke, von begeisterter Überzeugung motiviert, wollte die Gesellschaft, den Menschen und damit Staat, Politik, Kultur verändern, erneuern, verbessern. Der heutigen Linken fehlt dieser

positive, optimistische Schwung. Sie unterliegt einer regressiven Ermüdung, will ängstlich am Vertrauten festhalten. Sie ist also eigentlich funktional konservativ, an der Vergangenheit orientiert.

Wahrscheinlich war der idealistisch-utopisch-revolutionäre Schwung der Linken durch den Stalinismus schon vor 1945 gebrochen, wurde aber durch den „Sieg“ von 1945 und den weltpolitischen Erfolg der Sowjetunion kompensiert. Die durch den Zusammenbruch des Realsozialismus geschwächte Linke wird keine Kraft mehr zu einem terroristischen ideologisch motivierten Gewaltregime mehr haben, wohl aber zu einer schikanösen, pseudomoralisch getarnten Erziehungsdiktatur. In der Programmatik wird nach wie vor von der Heranbildung des besseren Menschen und der Schaffung eines Volksheimes mit sozialer Vollkaskoversicherung gesprochen. Die Realität ist häßlich: Bonzenherrschaft, Klientelbegünstigung, Bevormundung der Mehrheit, psychologische und ggf. physische Terrorisierung derer, die nicht so wollen, wie sie sollen. Die Erfahrungen mit dem verknöcherten, erstarrten Realsozialismus in seiner Spätform erlauben es, dies festzustellen. Bedeutende Sozialwissenschaftler haben den Sozialismus des frühen 20. Jahrhunderts mit säkularisierten Religionen, also weltlichen Erlösungslehren, verglichen. Hier sind Jacob Talmon und Eric Voegelin zu nennen. Sie sprachen von „revolutionären Heilskonzepten“. Den sozialistischen Theoretikern ging es um die Schaffung einer besseren Welt, für deren Erreichung jedes Mittel recht und erlaubt war. Dieser Schwung ist aber dahin. Die mitreißende, begeisternde Kraft der Idee hat die Niederlage von 1989/91 nicht überlebt.

Die Wende besteht im Positionswechsel von Progressiv und Konservativ. Das wirkt auf die Gegenwartsmenschen, die sich an alten Begriffen orientieren, verwirrend. Im Wendejahr 1991 erlebten wir nicht nur das blamable Ende des Realsozialismus, zugleich begann eine Umorientierung des verwirrten, desorientierten Restes der kommunistischen und sozialistischen Bewegung. Unter dem Eindruck des Kampfes gegen die „Ausländerfeindlichkeit“ und speziell in Deutschland infolge der Tendenz, das neue, einheitliche Deutschland

als mächtiges „Viertes Reich“ zu verstehen, begann eine Sammlung der zersprengten Reste der Linken. Die bisherige Linke, die „Errungenschaften“ des untergegangenen Sozialismus zu rechtfertigen und zu verteidigen hatte, handelte funktional konservativ. Zugleich wurden unter dem Eindruck zunehmender Globalisierung bisherige national-konservative Vorstellungen fragwürdig und verdrängt. Die mangelnde Fähigkeit der nationalen und konservativen Kräfte, die Globalisierung und die Einschränkung nationaler Souveränitäten geistig zu erfassen und politisch zu gestalten, ließ der Linken einen Freiraum, in der sie sich trotz ihrer Niederlage reorganisieren konnte.

Zwar war sie weit entfernt vom Schwung des klassischen Sozialismus und seinem Ergebnis, dem Kommunismus. Diese Bewegungen verlangten und erreichten Opferbereitschaft bis zur Opferung der eigenen Lebens. Das Heilsversprechen – Erlösung der Menschheit in der klassenlosen Gesellschaft – hatte Herzen und Hirne gepackt. Wenn auch der stalinistische Terror viele Anhänger desillusionierte, so blieben doch genug fanatische gläubige Weltrevolutionäre bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus und darüber hinaus. Wenn wir allerdings die Hinterbliebenen des Realsozialismus betrachten, so sind in der Tat die Heilserwartungen geschwunden. Es gibt keinen großen ideologischen Wurf mehr. Die Unzufriedenheit der sozial deklassierten, politisch entmachteten und ideologisch Enttäuschten ist das Motiv für die politische Betätigung, deren Ziel ist, zu retten, was noch zu retten ist.

Die Unfähigkeit der sog. „bürgerlichen“ Kräfte, insbesondere der CDU, hatte sich bereits seit Mitte der neunziger Jahre abgezeichnet. Meinungsumfragen hatten eine linke Wählermehrheit angekündigt, die dann mit der Bundestagswahl 1998 auch tatsächlich Realität wurde. Es gab eine strukturelle linke Mehrheit aus SPD, Grünen und PDS. In der Bevölkerung nahm die Neigung zu, wohlfahrtstaatliche Annehmlichkeiten zu bewahren, die zwar auf allen Gebieten für Sicherheit sorgen, aber die Freiheit einschränken. Eine besonders üble Wirkung übte hier der Antifaschismus aus. Als sich die BRD und die

DDR vereinten, gab es national wie international viele Befürchtungen vor einem neuen mächtigen Deutschland. Margret Thatcher und Francois Mitterrand ängstigten sich vor einer deutschen Beherrschung Europas. Um die westlichen sog. „Freunde und Verbündeten“ zu beruhigen, bekämpften die Politiker der etablierten Parteien mit Hingabe alle nationalen Regungen. Das trug dazu bei, daß auch die zur PDS gewandelte SED sich pseudomoralisch rehabilitieren konnte. Man könne ja gegen den Sozialismus, sogar gegen den großen Stalin, sagen, was man wolle. Aber den Faschismus habe niemand so konsequent bekämpft wie der Sozialismus. Auch in der DDR sei das so gewesen. Gerne haben linke Medienjournalisten an dieser Geschichtsverfälschung mitgewirkt. Hinzu kamen ziemlich dumme taktische Überlegungen der etablierten Parteien. Die CDU freute sich klammheimlich, weil die PDS-Erfolge auf Kosten der SPD gingen, die insbesondere in den östlichen Bundesländern kein Bein auf die Erde bekam. Die aber tat Unerwartetes: Statt die PDS in bewährter Manier „auszugrenzen“, schloß sie mit der ehemaligen SED ungeniert ein Bündnis. Die CDU aber muß unterdessen fürchten, durch diese vorerst regionale Kumpanei aus allen möglichen einträglichen Landes- und Kommunalposten rauszufliegen. So hatte man sich das bei der CDU nicht vorgestellt! Durch den „Kampf gegen Rechts“ wurde die PDS Schritt für Schritt vom verachteten Außenseiter zum begehrten Kumpan der Etablierten. Auch die CDU hat keine Hemmungen, mit der „Linken“/PDS Seite an Seite den „Kampf gegen Rechts“ zu führen. Jetzt geht der Schuß nach hinten los. Die etablierten Kartellparteien sind in einer Krise. Alle verlieren Mitglieder. Die SPD muß in der Großen Koalition Maßnahmen mittragen, die ihren Anhängern quer im Halse liegen. Militäreinsätze auf dem Balkan, in Afrika und vor allem in Afghanistan. In der Sozialpolitik Rente mit 67 und Kürzung der Arbeitslosenunterstützung. Dazu die Globalisierung, die viel mit einer Internationale des Kapitals, aber wenig mit sozialistischem Internationalismus zu tun hat. Kein Wunder, daß sich die „Linke“ als die bessere, die eigentliche SPD aufspielt.

Eine nicht mehr revolutionäre, sondern sozialkonservative Linke trifft auf ein verbreitetes Grundgefühl in der Bevölkerung, nämlich

Zukunftsangst. Diese besteht in der Befürchtung, Besitz und Lebensstandard, die hedonistische Behaglichkeit der Lebensumstände, nicht halten zu können. In der Not flüchtet man zu einem Staat, der eine umfassende Planungs-, Entwicklungs- und Service-Agentur für die Gesellschaft sein soll. Der Staat wird als Wohlfahrtsagentur betrachtet, die allzuständig und rundumversorgend ist. Liberale Vorstellungen wie Selbständigkeit und Selbstverantwortung werden zurückgedrängt. Alle Parteien, auch die etablierten wie insbesondere die SPD und die CDU, passen sich dieser Tendenz an. Insofern schwimmt die „Linke“ in einem „mainstream“ mit. Sie spielt sich als Interessenvertretung, als Klientelpartei der Bedrohten, Entrechteten, Benachteiligten auf. Ideologische Sicherheit, revolutionärer Schwung, Erlösung der Menschheit – das sind Vorstellungen, die keine Rolle mehr spielen. Die heutigen Sozialisten sind nicht progressiv, sondern funktional konservativ. Sie fördern Reformen nicht mehr, sondern bekämpfen sie und wollen die „Errungenschaften“ vergangener Jahrzehnte möglichst ungeschmälert erhalten.

Der Aufstieg der Linken ist also durchaus erklärbar und keineswegs erstaunlich. Es gibt langfristige und tagespolitische Gründe. Zu den langfristigen zählen die historischen Belastungen der deutschen Geschichte, die Niederlage des Nationalsozialismus und die Enttäuschung über den Mißerfolg nationaler Werte, wie Härte, Opfermut und Hingabe. Zu den tagespolitischen zählen das Sicherheitsstreben, die Unsicherheit angesichts des Wandels. Die Furcht, Reformen könnten nur Negatives bringen, gehört dazu. Es wird deutlich: rechts und links, konservativ und progressiv gehen durcheinander. Die „Linksdrift“ ist sozialkonservativ. Der Vorteil der Linken liegt in der auf Sicherheit ausgerichteten Stimmung der Bevölkerung. Ihr Nachteil: Sie sind von gestern.

Damit haben wir die Frage beantwortet, wie der begrenzte Erfolg der „Linken“ zu erklären ist. Es handelt sich um kein Wunder. Fahrlässig haben die Etablierten die heutige „Linke“ und ihre Vorläufer toleriert. Auch bei CDU und SPD sehen wir, wie aus Furcht vor der eigenen Reformcourage der Rückzug hin zur Sozialfürsorge angetreten wird.

Die „Linkspartei“ berief sich auf sozialpolitische „Errungenschaften“ der Zeit zwischen 1957 (Rentenreform) und 1998 (Abwahl der stagnierenden Kohl-Regierung). Was bis damals erreicht war, sollte nun nicht eingeschränkt werden. Zwar verstanden alle Klarsehenden, auch Sozialdemokraten, daß seit Jahrzehnten von der Substanz gelebt wurde. Das kann so nicht weitergehen. Wer heute die Ressourcen künftiger Generationen auffrißt, handelt verantwortungslos. Er steuert auf eine soziale und politische Katastrophe zu. Sparen und Einschränken sind deshalb das Gebot der Stunde, ein Akt der Vernunft. Aber ach, große Teile der Bevölkerung, an hedonistische Behaglichkeit gewöhnt und von den Medien seit Jahrzehnten verdimmt, blicken verständnislos auf die schwindenden sozialen „Errungenschaften“: „Verweile doch, du warst so schön!“. Und sie wählten jene Partei, die ihnen den sozialen status quo ante versprach – vernunftwidrig, aber wirkungsvoll. Auch wenn dieses Wahlverhalten erst am Anfang steht – den etablierten Kartellparteien reichte es, um panikartig den Rückzug anzutreten. Die CDU/CSU wendete sich vom Reformkurs ab, die SPD wollte von der Agenda 2010 nichts mehr wissen.

Die Linkspartei bediente die Wunschvorstellungen zahlreicher Wahlbürger konsequenter. Deshalb fand sie Anklang.

Kapitel 3

Die Partei „Die Linke“ – vom Paria zum Partner.

Nichts legitimiert so sehr wie der Erfolg, nichts diskreditiert mehr als der Mißerfolg - dieses Wort gilt auch für die SED und den von ihr vertretenen „real existierenden“, aber nicht funktionierenden, sondern stagnierenden und schließlich kollabierenden Sozialismus. Bereits lange vor 1989 gab es in der DDR unterschwellig ein Gespür für die defizitäre ökonomische Situation, aber auch des Ostblocks insgesamt. Im Jahre 1985 begann Gorbatschow in der Sowjetunion seine Versuche einer Reform, der sich aber die DDR versagte. Das Krisenpotential vergrößerte sich von Jahr zu Jahr, bis der Zerfall der Parteimacht in der zweiten Jahreshälfte 1989 eintrat. Nach dem Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 versuchte sein Nachfolger Egon Krenz, kurzzeitig geringe Reformen bei grundsätzlicher Erhaltung des Systems durchzuführen. Am 3. Dezember 1989 brach die bisherige Herrschaft der SED und der Nomenklatur zusammen. Auf einem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 entschied sich die SED zum Weitermachen. Eine Selbstaflösung wurde abgelehnt, aus der SED wurde die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands/Partei des demokratischen Sozialismus“ (SED/PDS). Auf Betreiben des neuen Vorsitzenden Gysi wurde die Auflösung abgelehnt, weil damit das erhebliche Parteivermögen verloren gegangen wäre. Es wurde auf diesem Parteitag einerseits versucht zu erneuern, auch programmatisch zu reformieren, aber gleichzeitig Besitzstandswahrung zu betreiben. Personeller Führungswechsel und programmatische Neuorientierung waren keineswegs Zeichen eines Bruchs mit der Vergangenheit. Die Erneuerung konnte allerdings Massenaustritte aus der SED/PDS nicht vermeiden. Die SED hatte im Oktober 1989 ungefähr 2,3 Millionen Mitglieder. Davon 44.000 hauptamtliche Funktionäre und ungefähr 700.000 ehrenamtliche Mitarbeiter. Im Jahre 2007, zum Zeitpunkte des Zusammenschlusses der PDS mit der „Wählerinitiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) und der erneuten Umbenennung in „Die Linke“ (Linkspartei) stabilisierte sich die Mitgliederzahl bei

ungefähr 70.000. Das bedeutet, daß von den 2,3 Millionen Mitgliedern der Ursprungspartei 2,2 Millionen die Partei verlassen haben. Die Massenaustrittsbewegung begann unmittelbar nach 1989, zog sich aber bis über die Jahrtausendwende hin. Bemerkenswert ist, daß die PDS eine Partei auf dem Boden der ehemaligen DDR blieb. Das unterstreicht ihren Charakter als Interessenwahrnehmungs- und Klientelpartei. In den westlichen Bundesländern hatte sie nur wenige tausend Mitglieder, was sich erst durch den Zusammenschluß mit der WASG änderte. Auch Wahlerfolge gab es, von einigen minimalen Kommunalmandaten abgesehen, in den westlichen Bundesländern nicht. Auch hier stellte das Jahr 2007 mit dem Erfolg bei den Bremer Bürgerschaftswahlen eine Wende dar. Noch am 14.5.1995 erlitt die PDS dort mit 2,37% eine enttäuschende Niederlage. Nach dieser Wahl bekundete der damalige Bundesvorsitzende Bisky, die PDS sei in den sog. „alten“ Bundesländern ein Fremdkörper.

Interessant ist auch die Sozialstruktur dieser sozialistischen Partei, die sich doch der Tradition zufolge eigentlich als Arbeiterpartei verstehen müßte. Tatsächlich setzt sich die Mitgliedschaft zu einem hohen Prozentsatz aus ehemaligen Funktionären und Angehörigen der Intelligenz zusammen. Nach Angaben eines PDS-nahen Wahlforschers lag der Anteil der Arbeiter 1991 bei 26%, hatte sich drei Jahre später, 1994 auf 17% verringert. Nach Angaben des Parteivorstandes setzt sich die Sozialstruktur der Mitglieder zu 55% aus Rentnern, zu 12% aus Vorruheständlern und zu 10% aus Arbeitslosen zusammen. Da Ruheständler viel Zeit haben, wirkte sich diese Zusammensetzung aber positiv auf die Mobilisierungsfähigkeit der PDS aus. (Zetzsche, S. 48)

Ein wichtiger Unterschied der PDS zur SED besteht in der Existenz der Plattformen und Arbeitsgemeinschaften. In der SED waren derartige Zusammenschlüsse als „Fraktionsmacherei“ und Abweichung streng verboten und wurden rigoros geahndet. Es hat von Anfang an in der PDS 24 Arbeits- und Interessengemeinschaften gegeben. Ihre Bedeutung darf nicht überschätzt werden, weil sie fluktuieren, oft wenige Mitglieder hatten und sich schnell wieder

aauflösten. Sie leisten zu Einzelfragen, wie Gesundheitspolitik, Sacharbeit. Außerdem gibt es die „Plattformen“, die in erster Linie ideologische Grundsatzarbeit leisten. Neben der Historischen und Ökologischen Plattform ist die wichtigste und bekannteste die „Kommunistische Plattform.“ Nach dem seinerzeit gültigen PDS-Parteistatut müssen diese Vereinigungen ihre Aktivitäten im Rahmen des Grundsatzprogramms der Gesamtpartei ausrichten. Dieser Hinweis ist insbesondere im Blick auf die der SED-Vergangenheit besonders verbundene „Kommunistische Plattform“ angebracht. Diese Untergruppierung wurde am 30. Dezember 1989 gegründet und hatte angeblich anfangs 25.000 Mitglieder. Der allgemeine Schwund wirkte sich auch auf sie aus, so daß bis zur Stabilisierung um die Jahrtausendwende noch 2.500 Mitglieder vorhanden waren. Die „Kommunistische Plattform“ (KPF) setzte sich das Ziel, eine weitere „Sozialdemokratisierung“ der PDS zu verhindern. Erstrebt wird die revolutionäre Transformation der herkömmlichen Klassengesellschaft in eine neue klassenlose Gesellschaft. Die Neigung der PDS und später „Der Linken“, durch Postenübernahme und Regierungsbeteiligungen in das bestehende System hineinzuwachsen, wurde von der KPF entschieden abgelehnt. Es müsse deutlich werden, daß die Kräfte, die in der Bundesrepublik herrschen, die des Großkapitals, der Unternehmerverbände, der Banken und des Großgrundbesitzes seien. Michael Benjamin, Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der KPF, nannte es als Ziel, die juristischen und finanziellen Grenzen des Systems auszuloten und bis an die Grenzen zu gehen, um deutlich zu machen, ob man sie durchbrechen oder verschieben könne. Dazu sei parlamentarischer Kampf ebenso notwendig, wie außerparlamentarischer. Ellen Brombacher, ein leitendes Mitglied der KPF, forderte in einer Veröffentlichung des Bundeskoordinierungsrates der KPF im Januar 1997: „Es geht zum einen darum, jeden Anknüpfungspunkt außerparlamentarischer Opposition zu nutzen, damit Widerstand breiter wird. Wirklichen Druck auf die Herrschenden übt unseres Erachtens nur eine starke und daher einflußreiche außerparlamentarische Opposition aus.“ Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung wird nicht ausgeschlossen. Zwar werden verharmlosend Gewaltfreiheit propagiert und Terror als Mittel des

politischen Kampfes abgelehnt, andererseits wird die Ansicht vertreten, die Bourgeoisie habe noch nie Scheu vor Verfassungsbruch, Gewalt, Terror oder Intervention zu erkennen gegeben. Es gehe darum, alle Versuche des Verfassungsbruchs und der Gewaltanwendung der Bourgeoisie zu vereiteln. Der bayerische Verfassungsschutzbericht von 1997 (S. 99) überliefert eine Aussage der KPF: „Da wir schon vom Grundgesetz sprechen: Das Grundgesetz selbst fordert zum Widerstand auf, wenn die herrschende Politik dazu zwingt. Wir bevorzugen gewaltfreie Methoden. Aber es kommt immer darauf an, wie der Staat auf diesen Widerstand reagiert.“ Damit werden alle Möglichkeiten, auch die Gewaltanwendung, offengehalten.

Die leitenden Funktionäre der PDS, später „Die Linke“, haben ein ambivalentes Verhältnis zur „Kommunistischen Plattform“. In einzelnen Fällen haben sie Kritik geübt. So hat Gregor Gysi beanstandet, daß KPF-Mitglieder an einem DKP-Parteitag teilgenommen haben. Sie stünden den DKP-Positionen inhaltlich näher, als denen der eigenen Partei. Andererseits aber lehnen leitende Funktionäre eine Abgrenzung von der KPF ab, offenbar im Bewußtsein, durch eine Distanzierung radikal linksextremistische Mitglieder und Wähler abzuschrecken. Auf diese aber will die „Linke“ nicht verzichten. Die Entwicklung der PDS hin zur Partei „Die Linke“ ist nicht im Sinne der „Kommunistischen Plattform“ verlaufen. Ihre Existenz beweist aber, daß es innerhalb der PDS/„Die Linke“ einen extremistischen Flügel gegeben hat und gibt. Die Prüfung der Verfassungskonformität der Partei ist deswegen durchaus nötig und angebracht.

Es ist bekannt, daß die SED-Vergangenheit wie ein Mühlstein auf der PDS lastete. Sie war die Partei der Wiedervereinigungsgegner und –kritiker. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 erzielte die Partei im Gebiet der ehemaligen DDR 11,1%, in der ehemaligen westlichen Bundesrepublik 0,3%. Der Einzug in den Bundestag gelang trotzdem wegen einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, zwei Wahlgebiete mit separaten

Sperrklauseln einzurichten. Ohne diese wäre die PDS im 1990 gewählten Bundestag nicht vertreten gewesen. Damit war der erste Schritt zur Reetablierung der extremen Linken in Deutschland trotz ihrer Niederlage von 1990 getan, obwohl sie in einem Zustand der allgemeinen Mißachtung und Ablehnung mit weitgehender „Ausgrenzung“ verharrte. Das änderte sich im Jahre 1992. Bei den Kommunalwahlen in Berlin erhielt die PDS 11,3%, davon in Ost-Berlin 29,7%. Die anfängliche Euphorie über die deutsche Einheit war vielerorts der Meinung gewichen, daß es auch Verlierer der Wiedervereinigung gebe, die einen Anknüpfungspunkt für ihr Unbehagen suchten. Die Stellung der PDS blieb ambivalent. Zwar konnte sie im „Superwahljahr“ 1994 bei der Landtagswahl in Brandenburg 21,2% der Stimmen erringen. Bei der Europawahl aber nur 4,7%. Bei der Bundestagswahl 1994 kam sie, nun nicht mehr durch ein doppeltes, nach Gebieten getrenntes Wahlrecht begünstigt, auf 4,4% und wäre damit im Bundestag nicht vertreten gewesen, wenn sie nicht drei Direktmandate auf dem Gebiet der ehemaligen DDR errungen hätte. Deshalb konnte sie mit 30 Abgeordneten in den neuen Bundestag einziehen. Die heftigen innerparteilichen Kämpfe zwischen SED-Traditionalisten und Reformern, die für Regierungsbeteiligung und Anerkennung der bundesrepublikanischen Verhältnisse eintraten, wurden auf dem 5. Parteitag der PDS im Januar 1997 in Schwerin zugunsten der Reformer entschieden. Beschlossen wurde ein Bekenntnis zu Regierungsbeteiligungen und in den Parteivorstand wurden ausschließlich Reformer gewählt. Es erfolgte eine Abgrenzung zur DKP. Die Kommunistische Plattform allerdings blieb ungeschmälert als Teil der Partei erhalten. In der folgenden Zeit konnte sich die PDS als Interessenvertretung der Bewohner der östlichen Bundesländer etablieren. Es war die Rede von einer Beendigung der „Diskriminierung und Diffamierung der Ostdeutschen“. Auf dem 6. Bundesparteitag in Rostock im April 1998 zeigte sich, daß die Gefahr der Spaltung in Reformer und SED-Traditionalisten vermieden wurde. Die Partei bekannte sich als eine linkssozialistische, konsequent antikapitalistische Widerstands- und Reformbewegung innerhalb der Bundesrepublik. Die künftige Entwicklung, nämlich die Annäherung an die SPD, wurde in dem

Angebot deutlich, ein sozialdemokratischer Bundeskanzler werde nicht an den Stimmen der PDS-Abgeordneten im Bundestag scheitern. Auch eine Tolerierung einer rot-grünen Regierung durch die PDS wurde angeboten.

Als Ergebnis des Zusammenbruchs der „realsozialistischen“ Systeme und der dadurch bedingten Kraftlosigkeit der sozialistischen Idee bildete sich in den neunziger Jahren eine neue, ideologisch verwaschene Linke heraus. Zwar waren auch schon vorher linke Positionen von Rechten übernommen worden. Das hat auch die NSDAP getan. Und Linke haben sozialkonservativ die „Errungenschaften“ vergangener Jahrzehnte bewahren wollen und sich zur Tradition des gescheiterten Sozialismus, ja, sogar des Stalinismus bekannt. Aber eben dies ist das Neue: Rechts und Links verwischen sich bis zu irritierender Unkenntlichkeit. Die Daseinsfürsorge durch den Staat wird auch von „bürgerlichen“ Parteien übernommen. Liberale Werte, wirtschaftliche und soziale Risikobereitschaft stoßen auf ängstliche Ablehnung. Auf diese Weise kann eine ideologisch verwaschene Partei wie die PDS/„Die Linke“ Anklang finden. Sie wird salonfähig.

Ein weiterer Faktor dieser Entwicklung ist der Abbau des gleichermaßen gegen den rechten wie den linken Extremismus gerichteten Antitotalitarismus durch einen einseitigen Antifaschismus. Auch dies setzte sich ab etwa 1992 durch.

Nach 1945 erlangte die Totalitarismustheorie durch Gelehrte wie Hannah Arendt, Zbigniew Brzezinski und Carl Joachim Friedrich nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politische Bedeutung. Bereits in den dreißiger Jahren als Reaktion auf den stalinistischen Kommunismus und den Nationalsozialismus entstanden, wurde nun der Antitotalitarismus eine Fundamentalnorm der Bundesrepublik. Als „totalitär“ galt eine Diktatur, die nicht nur das politische Verhalten der Bürger bestimmt, sondern auch das Denken bis in den privaten, ja intimen Bereich hinein reglementieren und kontrollieren will. Die liberale Demokratie galt als positiver Gegentyp, eben als antitotalitär,

gleichermaßen gegen Zumutungen von links wie von rechts gerichtet. Darauf kam es an: Unter dem Oberbegriff des Totalitarismus galten sowohl Kommunismus als auch Nationalsozialismus/Faschismus als Gegner. Man kann sich denken, wie wütend insbesondere die Kommunisten die Totalitarismustheorie als „Kampfbegriff des Kalten Krieges“ bekämpft haben. Sahen sie sich doch mit ihren Todfeinden, den „Faschisten“, gleichgesetzt. In der BRD aber wandte sich die „Gemeinsamkeit der Demokraten“, die „streitbare Demokratie“ gegen den Extremismus von Links und Rechts. Als 1951 zwei Parteiverbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet wurden, richtete sich dies sowohl gegen die rechtsextreme „Sozialistische Reichspartei“ als auch gegen die linksextreme „Kommunistische Partei Deutschlands“. Spätestens seit der deutschen Einheit leben wir aber in einer „anderen Republik“. Der Antitotalitarismus hat sich als eine lebensfremde Kopfgeburt erwiesen, nur möglich in Universitätsseminaren. In der politischen Praxis aber stößt er sofort an seine Grenzen und sprengt diese. Sowohl gegen die Kommunisten, als auch gegen die „Faschisten“ zu kämpfen, jedoch nicht gemeinsam mit den Kommunisten gegen die „Faschisten“, selbstverständlich auch nicht gemeinsam mit den „Faschisten“ gegen die Kommunisten – das überfordert viele Zeitgenossen politisch wie intellektuell. Der Antitotalitarismus ist in der Praxis gescheitert. Schon längst praktiziert die Linke einen einseitigen Antifaschismus. Das Ende des Antitotalitarismus hat die Anerkennung der PDS/„Die Linke“, ihre Akzeptanz als „demokratische“ Partei, denen des Establishment gleich, gebracht. Ausgegrenzt wird seither einseitig nur die „Rechte“, „antifaschistisch“ begründet. Dies ist eine Erklärung für die Linksdrift der Bundesrepublik.

Die Medien, insbesondere das Fernsehen, präsentieren die Maske der „Linken“: Das bürgerfreundliche Lächeln Gysis, die väterliche Milde des früheren Vorsitzenden Bisky vermitteln ein Bild der Sympathie, Harmlosigkeit und Wählbarkeit. Verschwiegen werden aber die „Kommunistische Plattform“, das Wirken ehemaliger Stasi-Funktionäre und ihrer heutigen Interessenvertretungen, die Neigung zur Gewalttätigkeit, insbesondere bei Demonstrationen gegen Rechts

oder auch die Beteiligung an Aktionen wie beim G8-Treffen in Heiligendamm im Frühsommer 2007. Auch wenn die „Linke“ nur ein Symptom, nicht die Ursache der Linksdrift ist, müssen Symptome bekämpft werden. Allerdings beseitigt dies das Problem nicht. Wesentliches Mittel der Linkspartei-Akzeptanz ist der Antifaschismus, dessen Wurzeln weit in die Zeit vor 1989 zurückreichen. Seine Bedeutung als Ersatzideologie für den gescheiterten Sozialismus und als Volksfrontkleister ist zentral. Deswegen wenden wir uns ihm zu.

Kapitel 4

Der Antifaschismus als Lebenselement der Linken in Deutschland.

Antifaschismus als „Leitkultur“.

Antifaschismus ist Sozialismus. Antifa als Volksfrontideologie.

Der Antifaschismus ist eine Fundamentalnorm der politischen Kultur Deutschlands seit 1945. Diese Norm entfaltet durch die Art ihrer Anwendung zunehmend negative Wirkung. Statt zu reinigen, vergiftet sie das politische Klima, so wie ein im Übermaß eingenommenes Heilmittel krank machen kann. Neben dem Antifaschismus gibt es weitere Fundamentalnormen: Demokratie-, Rechts- und Sozialstaatsprinzip. Während diese aber verfassungsrechtlich fixiert sind, handelt es sich beim Antifaschismus um eine geistig-moralische Fundamentalnorm, deren zweifelhafter Wert in der Verdrängung der anderen Grundlagen der politischen Ordnung, nämlich der „Gemeinsamkeit der Demokraten“, des Antikommunismus und des Antitotalitarismus besteht.

In den Jahren 1945 bis 1948 gab es einen antifaschistischen Grundkonsens. Diese Zeit stand unter dem Eindruck der Enthüllung nationalsozialistischer Taten, der Entnazifizierung und der Kriegsverbrecherprozesse. Mit der Währungsreform und der Verschärfung des Kalten Krieges nach der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei und nach der Berliner Blockade änderte sich das Meinungsklima. Nun war der Kommunismus, bisher geschätzter Partner in der Anti-Hitler-Koalition, der Hauptgegner der Westmächte. Der Antikommunismus trat neben den Antifaschismus, beide zusammen kulminierten zum Antitotalitarismus. Zwischen 1951 und 1961 spielten antifaschistische Vorstellungen in der Öffentlichkeit kaum mehr eine Rolle. Der zehnte Jahrestag des Kriegsendes 1955 fand nur wenig Beachtung, was auch für die folgenden „Jubiläen“ dieser Art gilt. Die um 1957 beginnenden NS-Prozesse leiteten eine neue antifaschistische Welle ein. Das Verfahren gegen Adolf Eichmann in Israel (1961) machte die

Weltöffentlichkeit auf die fortdauernde Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit aufmerksam. Das Schlagwort „Vergangenheitsbewältigung“ kam um 1957 auf. Sie wurde durch eine Diskussion um die Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen forciert. 1965 legte man die Grenze auf das Jahr 1969 fest, da die Zwanzigjahresfrist für die Verjährung von Mord nicht mit dem Kriegsende, sondern mit der Gründung der Bundesrepublik einsetzen sollte. 1969 schloß sich eine zweite Verjährungsdebatte an, 1979 wurde schließlich die Verjährung für Mord überhaupt aufgehoben.

Wenige Bezeichnungen haben eine Erklärung nötiger als das Tot-Schlagwort „Antifaschismus“, das im tagespolitischen Streit bis zur Beliebigkeit verunklart wird. Die verwandten und doch gegensätzlichen Begriffe „Totalitarismus“ und „Faschismus“ haben einen Doppelcharakter: Einerseits handelt es sich um Kampfbegriffe, die als Propagandaschlagworte denunziatorisch wirken, andererseits um Begriffe mit analytischer Bedeutung, die in den Sozialwissenschaften unverzichtbar sind.

Die Bezeichnung „Faschismus“ wurde allgemein bekannt, als die von Benito Mussolini im März 1919 gegründeten „fasci di combattimento“ (Kampfbünde) 1922 in Italien die Regierungsgewalt übernahmen. Seither versteht man unter „Faschismus“ eine antiliberale, antiparlamentarische (also antidemokratische) Bewegung mit nationalistischer, imperialistischer, zum Teil kapitalismuskritischer Tendenz, die straffe Staatsdisziplin fordert. Die Auffassung von der Gleichheit aller Menschen wird abgelehnt. Daß der Faschismus als „totalitär“ bezeichnet wird, ist in der Selbsteinschätzung der italienischen Faschisten begründet, die ihren Staat als „totalen Staat“ beschrieben, der alle Lebensbereiche bis in die Privatsphäre hinein reglementieren und kontrollieren sollte. Da die Faschisten beanspruchten, die Klassenspaltung zu überwinden und neben bürgerlichen bäuerliche und proletarische Schichten integrierten, beschäftigten sich gerade Marxisten schon früh mit dem Faschismus, der ihnen massiv Konkurrenz machte und durchaus attraktiv für Arbeiter war. Seither hat der Begriff „Faschismus“ eine

Doppelbedeutung: Einerseits für das italienische System und seine Ideen (1922 – 1943/45), zum anderen aber als Kennzeichnung ähnlicher, aber in vielen Einzelheiten andersartiger europäischer Herrschaftssysteme und ihrer ideologischen Grundlagen. Diese Ausweitung als Gattungsbegriff entspricht nicht dem Selbstverständnis der „Faschisten“, sondern lediglich einem marxistischen Verständnis. Der Faschismus gilt den Marxisten als Krisenerscheinung von Gesellschaften, in denen es private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel gibt. In kritischen Situationen neigen demzufolge die Eigentümer der Produktionsmittel, die „Kapitalisten“ dazu, sich eine Schutztruppe gegen die sozialistische Bewegung, die als Bedrohung empfunden wird, zu halten. Deshalb sei die Gefahr des Faschismus erst gebannt, wenn die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel in einer sozialistischen Gesellschaft aufgehoben ist. Alle Gesellschaftsordnungen, in denen das nicht der Fall ist, seien potentiell faschistisch.

Seit den zwanziger Jahren hat der Faschismusbegriff zwei Funktionen: Zum einen handelt es sich um ein tagespolitisches Schlagwort, das häufig der Diffamierung des politischen Gegners dient. Besonders seit dem Ende der „faschistischen“ Systeme wird dieses Schlagwort im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung als innen- und außenpolitisches Kampf- und Diffamierungsmittel verwendet. Zum anderen ist der Faschismusbegriff ein Mittel sozialwissenschaftlicher Analyse. Hier bestimmt er eine neue Form ideologisch begründeter totaler Herrschaft.

Bereits in den zwanziger Jahren haben insbesondere Sozialisten verschiedene Faschismustheorien entwickelt. Da gibt es die sog. „Agententheorie“, nach der der Faschismus eine Reaktion der sich bedroht fühlenden herrschenden Schichten ist. Georgij Dimitroff gab auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 folgende Definition: „Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Diese Auffassung ist sehr undifferenziert, sie

berücksichtigt keine nationalen Unterschiede. Eine intelligenter Definition gab der kommunistische Dissident August Thalheimer 1930: Der Faschismus sei nur eine mögliche Form der offenen Diktatur der Bourgeoisie. Der Staat sei nicht bloße Agentur der Bourgeoisie. Der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer erkannte 1936, daß der Faschismus zwar im Solde des Kapitals beginnt, sich aber von seinen Auftraggebern emanzipiert und zum Herren auch über den Kapitalismus wird. Kritiker haben eingewendet, daß diese typologisierende Betrachtung nationale Unterschiede negiere und nicht erklären könne, warum die Krise des Kapitalismus in Deutschland zwar zum Nationalsozialismus, in den USA aber zum „New Deal“ Roosevelts geführt habe. Ernst Nolte versteht den Faschismus als zeitlich begrenzte (1922 – 1945) Epochenerscheinung, die mit geistigen und moralischen Traditionen Europas gebrochen habe. Von marxistischer Seite wird hieran kritisiert, daß der Faschismus nicht als überepochal und damit als heute nicht mehr bedrohlich betrachtet werde. In einer weiteren Deutung wird der Faschismus als eigenständige Erscheinung betrachtet, die in Übergangsgesellschaften eintritt. Seine Stoßkraft habe der Faschismus wegen des Widerstandes bedrohter Eliten gegen egalisierende Tendenzen der Industriegesellschaft gewonnen.

Eine andere Sichtweise betrachtet den Faschismus als eine Modernisierungsbewegung. Obwohl der Nationalsozialismus wie der Faschismus die Aufklärung bekämpften, setzten beide eine Überwindung traditioneller Denkweisen und sozialer Strukturen in Gang. Sie haben objektiv egalisierend und modernisierend gewirkt.

Vor allem die Marxisten bedienen sich des generalisierenden Faschismusbegriffs in antikapitalistischer Absicht, während bürgerliche Faschismustheoretiker keine gesellschaftsverändernde Tendenz verfolgen.

Es gibt zahlreiche Faschismustheorien, jedoch keine Antifaschismustheorie. Der Antifaschismus gewinnt seine propagandistische Schlagkraft gerade durch die Negation. Die Antifaschisten wissen,

was sie nicht wollen, ablehnen, bekämpfen, als das absolute Böse betrachten, gegen das alle Kräfte mobilisiert werden müssen. Nahezu jedes Mittel ist gerechtfertigt, wenn der Feind absolut verwerflich ist. Als reine Negation hat der Antifaschismus gerade seit der Wende von 1989 – 1991 eine neue Bedeutung gewonnen. Den desorientierten Mitgliedern und Anhängern sozialistischer Parteien und nahestehenden Intellektuellen geht es darum, früheres Verhalten zu rechtfertigen und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus von ihrer Ideologie zu retten, was zu retten ist. Dafür wird der moralische Gehalt des Antifaschismus genutzt.

Der Versuch, die Antivorstellung positiv zu fassen, führt zu folgenden 13 Merkmalen, Eigenschaften und Verhaltensweisen:

Der Anhänger des Antifaschismus betrachtet sich als

- humanitär
- liberal
- demokratisch (im weitesten Sinne des Begriffs)
- aufklärerisch
- rational
- revolutionär (nach dem Geist der Französischen Revolution von 1789)
- radikal (das heißt aufklärerisch, nicht subversiv)
- individualistisch
- den Menschenrechten verpflichtet
- der Freiheit der Person verschrieben
- den Idealen der Gleichheit und der Gleichberechtigung verbunden
- Gegner des Antikommunismus (da dieser konstitutives Merkmal des „Faschismus“ sei)
- friedliebend (wobei der Antifaschist annimmt, Frieden sei nur im Sozialismus möglich, weil Kriege aus Klassenspannungen entstehen).

Bis zum Ende des Realsozialismus war die Sympathie für die „Errungenschaften des Sozialismus“, die verteidigt werden sollten, eine Grundlage des Antifaschismus. Der Kommunismus sowjetischer Prägung galt als unerläßliche Stütze des Antifaschismus. Seither hat sich die Sympathie der Antifaschisten einem idealen Sozialismus zugewendet, der sich vom sog. „Stalinismus“ absetzt. Auf jeden Fall aber gehört zu diesem unscharfen idealen Sozialismus eine antikapitalistische Grundeinstellung. Der Antifaschismus ist eine Integrationsideologie, auf deren Basis sich sehr gegensätzliche politische Kräfte treffen können und zwar umso leichter, je diffuser, verwaschener, undogmatischer die Vorstellungen von dem sind, was als „antifaschistisch“ gilt. Sozialisten und Nicht-Sozialisten, Atheisten und Christen, Bürgerliche verschiedener Richtungen und Kommunisten, uneinig über grundsätzliche und aktuelle politische Fragen, sehen im „Faschismus“ ein Feindbild, dessen Bedrohlichkeit die Notwendigkeit des Zusammenhaltes suggeriert und jede Abweichung als Begünstigung des absoluten Bösen moralisch ins Zwielficht rückt. Diese moralische Komponente des Antifaschismus fungiert seit 1989/90 als Vorwand zur Rettung des diskreditierten Sozialismus.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß es zwei nebeneinanderstehende miteinander verwobene und sich ergänzende Antifaschismus-Vorstellungen gibt. Zum einen existiert das mehrdimensionale Bild des Sozialismus. Mehrdimensional, weil es sowohl eine moralische Komponente hat, als auch eine sozioökonomische. Dieses Antifa-Verständnis ist insofern radikal, als es den „Faschismus“ nicht nur aus moralischen Gründen ablehnt, sondern auch seine vermeintlichen sozioökonomischen Wurzeln beseitigen will. Als unerläßliche Voraussetzung gilt die Aufhebung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel. Nur auf diese Weise könne verhindert werden, daß diejenigen, die diese Verfügungsgewalt haben – die Kapitalisten – sich der „Faschisten“ als Prätorianergarde bedienen, um in politischen und ökonomischen Krisensituationen die Bedrohung, die von den Sozialisten oder den „Massen“ ausgeht, mit brachialer Gewalt zu bekämpfen. Das politische Ziel der Anhänger dieses

„Antifaschismus“-Verständnisses ist eine sozialistische Gesellschaft. Max Horkheimer faßte dies bereits vor 1933 in die Worte „wer vom Kapitalismus nicht reden will, muß auch vom Faschismus schweigen.“ Das heißt, ein Antifaschist, der nicht Antikapitalist ist, denkt und handelt inkonsequent.

Auf der anderen Seite gibt es ein bürgerlich-liberales und christliches Antifaschismus-Verständnis, das eindimensional ist, weil es nur die moralische Komponente umfaßt, die soziökonomische Analyse hingegen vernachlässigt. Es erfolgt allenfalls eine zeitgeschichtliche Aufarbeitung des Faschismus und des Nationalsozialismus, jedoch werden damit keinerlei radikale, gesellschaftsverändernde Ziele verbunden. Diese Auffassung wird von ethischen Rigoristen vor allem aus dem religiösen Bereich vertreten, aber auch von nicht-sozialistischen Eliten, die Angriffe von sozialistischer Seite abwehren wollen.

In den letzten Jahren kommt noch eine dritte Komponente hinzu, nämlich der Geschäftemacher – Antifaschismus. Der „Kampf gegen Rechts“ wird mit Millionensummen finanziert – aus öffentlichen Mitteln. Zahlreiche Personen und Organisationen leben von diesem „Kampf gegen Rechts“ und sorgen für ständige Kampagnen aus geschäftlichem Eigeninteresse. Der innere Unfriede, die Aufhetzung von Teilen der Bevölkerung gegeneinander wird dabei billigend in Kauf genommen.

Der Antifaschismus hat sich, insbesondere in Deutschland wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit, als die Norm erwiesen, auf die sich in Ost und West gegensätzliche Kräfte einigen konnten. Die Linken beriefen sich nachdrücklicher darauf, weil sie den Antifaschismus sowohl moralisch als auch soziostrukturell vertraten. Für sie bedeutete Antifaschismus Antikapitalismus und damit Sozialismus.

Bereits Ende November 1989 veröffentlichten in der noch existierenden DDR zahlreiche Intellektuelle und Künstler den Aufruf

„Für unser Land“, in dem es hieß „ entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen in unserem Land eine solidarischen Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder wir müssen dulden, daß ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird. Laßt uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind. “

Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von dem damaligen Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer (SED), oppositionellen Intellektuellen wie Walter Janka, Christa Wolf, Stefan Heym, dem evangelischen Bischof Demke sowie zahlreichen Künstlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Bezeichnenderweise gehörte zu dieser trauten Gemeinschaft auch Egon Krenz, damals noch Chef von Staat und Partei. Die Antifaschisten in Ost und West waren sich einig, als Gegner einer Einheit, die als kapitalistisch, imperialistisch, großdeutsch und als Triumph über den Sozialismus aufgefasst wurde. Den Höhepunkt dieser Entwicklung brachte die Demonstration vom 4. Dezember 1989, kurz nachdem der Aufruf „Für unser Land“ veröffentlicht war. (Nicht zu verwechseln mit der Demonstration vom 4. November 1989). Unter den zahlreichen „antifaschistischen“ und gegen die deutsche Einheit gerichteten Parolen hieß es: „Für Antifaschismus, Demokratie, Pluralismus!“ „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch! Wiedervereinigung? Wir wollen kein Viertes Reich!“ „Jetzt keine Wiedervereinigung, sondern neuen Sozialismus!“ Auch westdeutsche Intellektuelle, so Günter Grass, Jürgen Habermas und Erich Kuby sprachen sich mit antifaschistischen Argumenten gegen die Einheit der Nation aus. Die Belastungen durch die nationalsozialistische Vergangenheit, die Ängste der Nachbarn, so wurde behauptet, legten den Verzicht auf ein einheitliches Deutschland nahe, das oft als „Großdeutschland“ oder als „Viertes

Reich“ bezeichnet wurde. Mit der Erhaltung der DDR sollte der Sozialismus gerettet werden, der, in seiner bisher „real existierenden“ Form gescheitert, nun als Utopie galt. Es soll ein „humanitärer“ Sozialismus sein, der allerdings durch die deutsche Einheit gefährdet werde, da die Wiedervereinigung ein Übergreifen des Kapitalismus auch auf die bisherige DDR bedeute.

Hier wird die enge Verknüpfung von Sozialismus und Antifaschismus deutlich. Der unattraktive „wissenschaftliche Sozialismus“ wird durch einen moralisierenden Antifaschismus ersetzt. Auf diese Weise wird das alte System moralisch verteidigt nach dem Motto: Es war zwar fehlerhaft, aber das eine muß man ihm lassen – es war wenigstens konsequent antifaschistisch.

Vor 1989/90 war der Antifaschismus der Linken eine Grundlage innerdeutscher Kooperation. Wenn westdeutsche Linke die DDR besuchten oder DDR-Delegationen die Bundesrepublik – stets bildete der Besuch antifaschistischer „Gedenkstätten“ und die Betonung antifaschistischer Verpflichtungen die Basis der Verständigung, gegen die niemand etwas einwenden konnte, ohne sich dem Verdacht neofaschistischer Sympathien auszusetzen. In der Phase der Wiedervereinigung und nach Herstellung der deutschen Einheit zielte der Antifaschismus darauf, die DDR zu erhalten, später, den Sozialismus und die politische Ordnung der SBZ/DDR zu rechtfertigen, insbesondere ihre Anfangsphase zu verklären. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts kam die Neigung hinzu, mit dem Antifaschismus Geschäfte zu machen, da öffentliche Mittel im „Kampf gegen Rechts“ einen lukrativen finanziellen Anreiz boten. Dies ist in erster Linie von den etablierten politischen Parteien zu verantworten.

Nicht erst seit den ausländerfeindlichen Gewalttaten 1992 zeigte sich, daß Aktivitäten und Erfolge der Rechten auf die Linke solidarisierend wirken, wobei der in Übergröße herausgestellte faschistische Popanz Hauptanlaß der linken Aktionsgemeinschaft ist. Als im März 1989 die „Republikaner“ bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin einen

überraschenden Wahlerfolg erzielen und mit 11 Mandaten ins Schöneberger Rathaus einziehen konnten, fand eine Großdemonstration gegen „Neonazis, Faschismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ unter Beteiligung des SPD-Landesvorsitzenden Walter Momper, des DGB-Landesbezirksvorsitzenden Walter Pagels und führender Funktionäre der „Alternativen Liste“ sowie des westberliner SED-Ablegers „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) statt. Das Organ der Freien Deutschen Jugend, „Junge Welt“, kommentierte, daß die Bedeutung des Wortes „Antifaschistischer Schutzwall“ für die Berliner Mauer keineswegs antiquiert oder überholt sei, wie dies im Westen stets aufs neue wiederholt werde, sondern sie erweise sich aus gegebenem Anlaß als bitter aktuell. Diese Demonstration bewies den Zerfall der „Gemeinsamkeit aller Demokraten“ auf sehr eindrucksvolle Weise. Die Angriffe richteten sich nicht nur gegen die „Republikaner“, die lediglich den Anlaß für die Demonstration boten. Im Mittelpunkt der Agitation stand vielmehr die CDU. Auch DGB-Pagels brachte die CDU mit dem Faschismus in Verbindung. Die „menschenverachtende und unsoziale Politik“ Bonns und Berlins habe das Aufkeimen des Rechtsextremismus entscheidend begünstigt.

Es wäre ein Wunder, wenn sich nicht auch die Staatssicherheit des Antifaschismus zur Durchsetzung ihrer schmutzigen Ziele bedient hätte. Im MfS existierte eine eigene Abteilung zur Beeinflussung westdeutscher Medien und Meinungsführer. Ein führendes Mitglied der Berliner „Alternativen Liste“, das als Spitzel der Staatssicherheit entlarvt wurde, ist Dirk Schneider, zeitweiliger Bundestagsabgeordneter der Grünen. Die AL-Berlin hatte eine zeitlang einen sehr aktiven Arbeitskreis zur Außen- und Deutschlandpolitik, der nationalneutralistische Positionen diskutierte. Mit dem Vorwurf des Nationalismus und Faschismus gegen die Bundesrepublik hat Schneider im Sinne seiner Auftraggeber diese für die DDR unangenehmen Tendenzen bekämpft. Auch der als MfS-Agent später angeklagte und verurteilte ehemalige Terroristenanwalt Klaus Croissant hat sich in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Autoren als Agitator in diesem Sinne betätigt.

Die Jahre zwischen 1989 und 1992 brachten mit dem Zusammenbruch des „real existierenden“ Sozialismus“ einen schweren Rückschlag für den organisierten Antifaschismus. Zum einen versiegten finanzielle Subventionen aus östlichen Quellen, die unterdessen aus öffentlichen Kassen der gegenwärtigen Bundesregierung ersetzt sind. Zum anderen wurde die Identifizierung des DDR-Sozialismus mit dem Antifaschismus so deutlich, daß auch der Antifaschismus einen Rückschlag erlitt. Allerdings erlebte die Antifa-Propaganda 1992 eine Renaissance wegen der ausländerfeindlichen Aktionen, die insbesondere anarchistisch-aktionistische linksextreme Gruppen auf den Plan riefen. Deren theoretische Dürftigkeit ließ den „Antifaschismus“ als willkommenes Verständigungsmittel erscheinen, auf den man sich als den kleinsten gemeinsamen ideologischen Nenner einigen konnte. Diese Spielart des Linksextremismus motiviert ihre Anhänger nicht mehr, wie der marxistische Sozialismus, mit Theorien, sondern mit Aktionen. Der „Antifaschismus“ verleiht Gewaltaktionen und anderen kriminellen Taten die Aura moralischer Unantastbarkeit. Zugleich zwingt er jede Gegenaktion, ja selbst kritische Äußerungen, sich als nicht-faschistisch auszuweisen. Entsprechend lahm und hilflos war die Reaktion des politischen Establishments. Es ist den Extremisten, insbesondere den linken, gelungen, die angeblich abwehrbereite Demokratie als nur beschränkt abwehrbereit bloßzustellen. Der Linksextremismus wurde salonfähig, besonders in Medien, Schulen und Universitäten. Die „Rechte“ hingegen wurde diffamiert und die Diskussion über ihre Ansichten tabuisiert. Diese Polarisierung hat sich zugespitzt, die traditionelle deutsche Neigung, Politik als Weltanschauungskampf zu betreiben und den Gegner nicht als Konkurrenten, sondern als Vertreter des absoluten Bösen hinzustellen, ist gewachsen.

Paradoxerweise hat der Antifaschismus zugenommen, je weiter wir uns von der Zeit des Nationalsozialismus entfernen. Es wird mit Sicherheit keine Renaissance der NS-Herrschaft geben. Der dümmliche Spruch „nie wieder Faschismus und Krieg“ ist binsenwahr. Die Bevölkerung Deutschlands ist überaltert, eine starke ausländische Minderheit lebt im Lande, das Land ist finanziell,

wirtschaftlich, militärisch und politisch international integriert, so daß mit Sicherheit nie wieder von deutschem Boden „Faschismus“ und Krieg ausgehen können. Eine Gefahr von Rechts besteht also gar nicht. Sie wird nur von politischen Geschäftemachern zum eigenen Vorteil konstruiert. Der „innere Feind“ wird gebraucht, um vom Versagen und von den Problemen der Etablierten abzulenken. Ob der Antifaschismus von anderen, neuen „inneren Feinden“ abgelöst wird, zum Beispiel von den Islamisten oder - weniger wahrscheinlich – von Sekten, muß dahinstehen. Für diese Darstellung gilt, der Antifaschismus hat die Linksdrift pseudomoralisch gerechtfertigt und verhüllt.

Kapitel 5

Die „Bürgerlichen“ versagen vor der linken Welle.

Wenn wir von den „Bürgerlichen“ sprechen, verwenden wir schon wieder eine Bezeichnung, deren Treffsicherheit äußerst zweifelhaft ist. Der Unterschied „Bürgerliche“ – „Proletarier“ mag im 19. und frühen 20. Jahrhundert zur Kennzeichnung sozialer Schichten oder – marxistisch gesprochen – Klassen geeignet gewesen sein. Bürger, Bourgeois, gekennzeichnet durch Besitz und Bildung, waren diejenigen, die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel hatten. Also Kapitaleigner, Besitzer von Betrieben und Landwirtschaften. Proletarier waren die Besitzlosen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen hatten. Das gilt heute längst nicht mehr. Die Wirren und Kriege des 20. Jahrhunderts haben eine gesellschaftliche Egalisierung, der wirtschaftliche Aufschwung nach 1948 hat eine Verbreitung des Wohlstandes bewirkt – jedenfalls in den Industriegesellschaften der nördlichen Erdhälfte.

Wenn also heute von den „Bürgerlichen“ im sozialen Sinne gesprochen wird, ist das wieder einmal „cultural lag“, also Verwendung von Bezeichnungen, die von der tatsächlichen Entwicklung längst überholt wurden. Gleichwohl werden sie zur Kennzeichnung von Personen und Sachverhalten benutzt und haben damit bei allen Mängeln nach wie vor eine informierende und orientierende Funktion. Allerdings darf man nicht den Fehler machen, die Linken (SPD, Linkspartei, Grüne) als nicht-bürgerlich zu betrachten. Längst sind die SPD und die „Linke“ früher: PDS) keine Arbeiterparteien mehr. Die Grünen waren es nie. Aber sie sind linksbürgerlich eingestellt.

Seit 1998 gibt es eine linke Mehrheit unter den Wählern der Bundesrepublik. SPD, Grüne und die „Linke“ haben die rechnerische Mehrheit. Daß dies keine aktuelle politische Mehrheit wurde, zeigt Überreste einer antitotalitären, ursprünglich von der SPD geteilten Ablehnung auch der linken Erscheinungen des Extremismus an. Diese

Distanz verlor aber im Laufe der Jahre an Prägekraft. Die SPD nutzte die PDS als Mehrheitsbeschaffer zuerst in Sachsen-Anhalt. Dort ließ sich die SPD-Regierung Höppner ab 1994 eine volle Legislaturperiode von der PDS tolerieren. Das heißt, die PDS wurde nicht offiziell in das Kabinett aufgenommen. Aber sie erhielt zahlreiche Zugeständnisse. Vorteil für die SPD: Sie konnte die CDU ausbooten. Vorteil für die PDS: Sie wurde von der SPD salonfähig gemacht. Jetzt zählte sie zu den „demokratischen“, koalitionsfähigen Parteien. Seit 1998 hat es außerdem in Mecklenburg-Vorpommern und später in Berlin Koalitionsregierungen zwischen der SPD und der PDS gegeben. Die westdeutschen Länder ziehen nach: Vorerst nur in Absichtserklärungen. Die CDU sei der Hauptgegner bei den bevorstehenden Landtagswahlen, die PDS komme als Koalitionspartner in Frage. So tönte der saarländische SPD-Vorsitzende Maas (2007). Folglich: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es auch auf Bundesebene eine Koalition mit der „Linken“ geben könnte, wenn die Mandatsverhältnisse es erlauben.

Besonders perfide ist in diesem Zusammenhang die Rolle der CDU. Sie hat nach 1990 die Wahlerfolge der PDS nicht ungerne gesehen, weil die Regel galt: Je stärker die PDS, desto schwächer die SPD. Diese Milchmädchenrechnung setzt aber voraus, die SPD werde mit dem verachteten Paria, der PDS, nicht koalieren. Als das doch geschah, ging der Schuß für die CDU nach hinten los. Sie hatte jetzt den Schaden. Aus mehreren Landesregierungen flog sie wegen der rot-roten Kumpanei raus. Das hat bei der CDU allerdings wenig Einsicht vermittelt. Ein typisches Beispiel: am 9. Mai 2007 fand im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine Bewältigungsdebatte statt. Offizieller Anlaß: Der Jahrestag des Kriegsendes 1945, tatsächlich aber ging es um Propaganda gegen die ebenfalls im Landtag vertretene NPD. SPD, CDU, FDP und die „Linke“ schlossen sich im trauten Verein gegen die NPD zusammen. Dieses Bündnis der „Demokraten“ trieb der CDU-Abgeordnete Armin Jäger auf die Spitze. Immerhin fiel ihm noch auf, daß an der Kumpanei mit der „Linken“ manche Mitglieder und Wähler der CDU Anstoß nehmen könnten. Das hört sich dann so an: „Meine Damen und Herren, wir

haben unterschiedliche Bewertungen dieses achten Mai, natürlich, aber nicht in seiner Eigenschaft als Ende einer Gewaltherrschaft, nicht in seiner Eigenschaft als Tag der Befreiung. Das lassen wir uns auch von Ihnen, Herr Pastörs (NPD-Fraktionsvorsitzender), nicht nehmen, daß die Menschen befreit worden sind. (Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei/PDS und FDP).

Es hat eben danach in dem geteilten Deutschland eine unterschiedliche Entwicklung gegeben, auch davor verschließen wir nicht die Augen. Aber, das sage ich jetzt an die Adresse der Kollegen von der Linkspartei/PDS, es ehrt Sie schon ein Stück, und das habe ich Herrn Holter (ehemaliger PDS-Landesminister) neulich persönlich gesagt, daß Sie zu Beginn einer damaligen Koalition eine Erklärung zum Bekenntnis zum Unrecht abgegeben haben, das die SED zu vertreten hatte. Das muß man erst mal über sich bringen, ehrlich vor der eigenen Vergangenheit zu sein. Nur das macht es mir möglich, wenn ich an diesem Pult stehe, daß ich sage ‚Wir Demokraten‘ (Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei/PDS und FDP)“ Da hört man es: „Wir Demokraten“ von CDU und der „Linken“. Welche Verharmlosung durch den CDU-Politiker Jäger: Es habe unterschiedliche Entwicklungen in West und Ost gegeben. Aber die „Linke“ habe sich ja vom DDR-Unrecht distanziert. Deshalb könne er, CDU-Jäger, sagen „Wir Demokraten“. Hat dieser CDU-Demokrat schon mal von der „Kommunistischen Plattform“ gehört? Von der PDS-Kooperation mit antifaschistischen Gewalt- und Krawallpersonal?

Als Fazit bleibt: Die Linksdrift in Deutschland ist nicht von der „Linken“ und ihren Vorläufern verursacht worden. Das Abrücken vom Antitotalitarismus und der opportunistische Umgang mit der PDS (brauchbar als SPD-Koalitionspartner gegen die CDU, für die CDU nützlich zur Schwächung der SPD) hat die Anerkennung dieser Partei bewirkt. Die Hauptverantwortung tragen in dieser Reihenfolge die SPD, die Medien (Presse und insbesondere das Fernsehen), die CDU. Die FDP und die Grünen bleiben hier nicht aus grundsätzlichen Erwägungen außer acht. Sie haben geringere Bedeutung und in den

sog. „neuen“ Bundesländern gar keine. Und wieder gilt: Der Antifaschismus dient als Volksfrontkleister, der die „demokratischen“ Parteien zusammenhält. Erinnern wir uns an ein übles Beispiel aus der DDR-Geschichte: Dort waren seit 1945/46 die SED und die Satellitenparteien CDU, LDPD, NDPD und Bauernpartei im „Antifablock“ zusammengeschlossen. Die heutigen Parteien sind über jedes Problem uneinig, sie wissen nicht, wofür sie eintreten, aber wogegen, das ist klar – gegen „Rechts“. Also driften sie nach links.

Kapitel 6

„Wandel durch Annäherung“.

Rot-Rot-Grün: Realität oder Phantasie?

Die SPD und die Grünen als Partner der Partei „Die Linke“.

„Rot und Rot gesellt sich gern“, „gleiche Brüder, gleiche Kappen“, hört man oft zur Kennzeichnung des Verhältnisses von Sozialdemokraten und Kommunisten. Gleiche ideologische und soziale Grundlagen im Marxismus und in der Arbeiterschaft, die Geburt der KPD in diversen Abspaltungen aus der Sozialdemokratie 1916 – 1918 – das ist die Basis der Identifizierung. Deshalb heißt es heute, gerade bei Kritikern der Linken, „kein Wunder, daß sich hier zusammenfindet, was zusammengehört“. Tatsächlich ist aber das Verhältnis sehr viel komplizierter und auch widersprüchlicher. Schon im 19. Jahrhundert gab es unter dem Dach der einheitlichen Sozialdemokratischen Partei starke Spannungen zwischen einem zwar revolutionären, aber dennoch gewaltfernen Flügel und gewaltbereiten Anarchisten, in Deutschland um Johann Most. Diese hatten zwar nie solchen Einfluß wie die bombenden russischen Anarchisten. Es gab sie aber als Staatsfeinde und Bürgerschreck.

Nach 1914 wandte sich der linke Flügel gegen den Kriegunterstützungskurs der Parteiführung: Unterstützung der Reichsregierung, Bewilligung der Kriegskredite. Mit der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ spalteten sich 1916/17 der linke Flügel und zahlreiche Pazifisten ab. Über den „Spartakusbund“ und die am 31.12.1918 gegründete KPD verlief die weitere „Spaltung der Arbeiterklasse“, der man später eine Mitverantwortung am Sieg des Nationalsozialismus geben sollte. Es gab nämlich zwischen der radikalen und der gemäßigten „Partei der Arbeiterklasse“ eine geradezu haßerfüllte Kluft. Von „gleichen Brüdern“ konnte bis 1933 keine Rede sein. Es ist hier nicht der Ort, diese Konflikte darzustellen. Hier geht es darum, das heutige Verhältnis von SPD und der Partei „Die Linke“ richtig zu verstehen. Die „Linke“ rechtfertigt ihre Existenz mit dem Hinweis auf die

„Entsozialdemokratisierung“ der SPD, der sie im Sinne der Linken, entgegensteuern müsse.

Dies ist kein neues Argument. Schon vor 1933 wurde, teils sehr grobschlächtig argumentierend, der SPD Verrat am Sozialismus vorgeworfen. „Wer hat uns stets verraten? Sozialdemokraten“, lautete eine kommunistische Propagandaphrase, auch das Schimpfwort „Sozialfaschisten“ für die SPD gehörte zum Verleumdungsvokabular der Kommunisten. Der Anarchist Erich Mühsam verspottete die Sozialdemokraten im „Lied vom Lampenputzer“:

War einmal ein Revoluzzer
Im Zivilstand Lampenputzer,
ging im Revoluzzerschnitt
mit den Revoluzzern mit.

In diesem acht Strophen langen, „der deutschen Sozialdemokratie gewidmeten“ Gedicht, erfährt der Leser, wie der Lampenputzer zwar revolutionär schwätzt, sich aber vor der revolutionären Tat drückt, zu Hause bleibt und ein Buch schreibt,

„...
nämlich, wie man revoluzzt
und dabei doch Lampen putzt“.

Auch Kurt Tucholsky, als linker Intellektueller eher mit der KPD als mit der SPD sympathisierend, dichtete 1921:

„Sozialdemokratischer Parteitag
Wir saßen einst im Zuchthaus und in Ketten,
wir opferten, um die Partei zu retten,
Geld, Freiheit, Stellung und Bequemlichkeit.

...
long, long ago –
das ist nun heute alles nicht mehr so.

...

uns imponieren schrecklich die enormen
Zigarren, Autos und die Umgangsformen –
Man ist ja schließlich doch kein Bolschewist.

...

wir sind noch nie so weit entfernt gewesen
von jener Bahn, die uns geführt Lassalle!“

Vielleicht noch eindrucksvoller schrieb Tucholsky 1923:

„An einen Bonzen.
Einmal waren wir beide gleich.
Beide: Proleten im deutschen Kaiserreich.
Beide in derselben Luft,
beide in gleicher verschwitzter Kluft;

...

Genosse, erinnerst Du Dich noch?

...

Heute ist das alles vergangen.
Man kann nur durchs Vorzimmer zu Dir gelangen.
Du rauchst nach Tisch die dicken Zigarren
Du lachst über Straßenhetzer und Narren
Weißt nichts mehr von alten Kameraden,
wirst aber überall eingeladen.
Du zuckst die Achseln beim Hennessy
Und vertrittst die deutsche Sozialdemokratie.
Du hast mit der Welt Deinen Frieden gemacht.
Hörst Du nicht manchmal in dunkler Nacht
Eine leise Stimme, die mahnend spricht:
Genosse, schämst Du Dich nicht?“

Genau diese Mentalität: die SPD gibt alte sozialistische Positionen auf, die „Linke“ aber fühlt sich berufen, sie zu bewahren, finden wir auch heute. Allerdings haben sich seit der Weimarer Republik der Stand der Erfahrungen durch NS-Zeit und DDR-System, sowie Wandlungen der Sozialstruktur und der weltanschaulichen Bindungen geändert. Bereits seit 1963 hat die SPD die scharfe Abgrenzung zur

SED revidiert. Die ursprünglich – 1945 – durchaus vorhandene Nähe von KPD und SPD zerbrach unter dem Eindruck des sich 1946 – 1948 in Deutschland, aber auch international verschärfenden „Kalten Krieges“. Zusätzlich angeheizt wurde die Entwicklung durch den heißen Koreakrieg (1950 – 1953). Als sich nach dem Mauerbau (1961) die bisherige Wiedervereinigungspolitik als gescheitert erwies, unternahm die SPD erste Annäherungsversuche: „Wandel durch Annäherung“ (1963). Mit der DDR wurden auch die „Realitäten“ anerkannt und 1987 kam es zu einer offiziellen SED/SPD-Kooperation auf ideologisch-programmatischer Ebene: Die SPD-Grundwertekommission und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED legten eine Grundsatzerklärung vor: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Der unerwartete Zusammenbruch der SED und wenig später des gesamten politischen und ideologischen Gefüges sämtlicher „realsozialistischer“ Systeme beförderten die SED/PDS zunächst in eine Abseitsposition. Die Enthüllungen über die Praktiken der „SED-Diktatur“, wie es nun hieß, verstärkten die Pariarolle, bis es ihr ab 1992 gelang, sich unter Ausnutzung des Antifaschismus (Fremdenfeindlichkeit) zu regenerieren. Jedenfalls hatte die SPD in der Alt-Bundesrepublik eine Konkurrenz von Links nicht zu fürchten. In unserer wendereichen Zeit hat sich die Lage gründlich geändert: Die SPD versuchte in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts durchaus vernünftig die Anpassung an die Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft. Die Agenda 2010 war das Ergebnis. Die Globalisierung und die Erkenntnis von den Grenzen des Sozialstaates erzwangen Reformen, deren Ziel das Überleben des Vollkasko-Für- und Vorsorgestaates war, der von allen etablierten Parteien in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eingerichtet worden war. „Reform“ bedeutete jetzt nicht weitere soziale Geschenke, Verbesserungen und Ausbau des Wohlfahrtstaates. Im Gegenteil: Einsparungen, Beschränkungen, Abbau wurden nun als notwendig erkannt. Hier widerfuhr der SPD, was Gorbatschow in der SU in größerem Maßstabe erfahren mußte. Auch er wollte den maroden, stagnierenden Realsozialismus nicht beseitigen, er wollte ihn modernisieren und fit machen für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts.

Dabei flog er aus der Kurve und machte eine Bruchlandung von welthistorischer Bedeutung.

„Alles wiederholt sich. Was zunächst eine Tragödie ist, erscheint dann als Farce wieder.“ So lautet ein Sprichwort, das sich auch hier bestätigt.

Die Reformer der etablierten Parteien müssen die Unwilligkeit ihrer Klientel entdecken, die Reformen zu akzeptieren. Diese werden als Bedrohung des erworbenen Wohlstandes, als Beeinträchtigung der alltäglichen Behaglichkeit aufgefaßt. In der Tat handelt es sich um spürbare Einschnitte ins Netz sozialer Sicherheit und der Daseinsfürsorge durch die öffentliche Hand. Vom linken Flügel der SPD wird dies als „Entsozialdemokratisierung“ der Partei (Ottmar Schreiner) gedeutet: In der FAZ vom 10.9.2007 schrieb Schreiner: „Denn die Parteispitze hat in den Schröder-Jahren mit dem ursozialdemokratischen Reformismus gebrochen und sich mit Agenda 2010 und Hartz IV von einer fortschrittlichen, emanzipatorischen Reformpolitik endgültig verabschiedet. Die Entsozialdemokratisierung und Entwurzelung der SPD muß programmatisch und personell gestoppt werden. Mehr als zwei Drittel der verbliebenen Parteimitglieder lehnen wichtige Vorhaben der Großen Koalition wie die Rente mit 67, die Gesundheitsreform, die Reform der Unternehmenssteuer, die Privatisierung der Bahn und den Einsatz in Afghanistan ab. Die Politik der sozialen Demontage führt zur politischen Demontage der ältesten Partei Deutschlands.“

Was aber wollen die Linken? „Eine sozial gerechte Gesellschaft erfordert nicht nur den gleichen Zugang zur Bildung, Ausbildung und Kultur, sondern auch mehr Gleichheit in der Verteilung und Beschäftigung, Einkommen, Eigentum und Macht. Für die Finanzierung eines modernen Sozialstaates benötigen wir eine breitere Einnahmebasis. Dafür müssen Gewinn- und Vermögenseinkommen steuerlich stärker herangezogen werden. Die zehn Milliarden €, die einflußreiche wirtschaftliche Interessengruppen an Subventionen erhalten, gilt es abzubauen.

Die sozialen Versicherungssysteme sollten zu einer Bürgerversicherung ausgebaut werden.“ (a.a.O)

Diese Forderungen liefen auf einen noch stärker vormundschaftlichen Staat hinaus. Sie sind die Reaktion auf Pläne der Modernisierer in der SPD, die ihre Auffassungen in der Agenda 2010 und in einer Veröffentlichung vorgelegt haben. Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Mathias Platzeck: Auf der Höhe der Zeit (2007). Es heißt dort: „Der überkommene Sozialstaat, der allzu oft reparierend erst dann eingreift, wenn soziale Schadensfälle schon eingetreten sind, ist nicht mehr auf der Höhe unserer Zeit. Effizienter und zugleich sozial gerechter ist der vorsorgende Sozialstaat.“

Die Linkspartei hat von der „Entsozialdemokratisierung der SPD“ jedenfalls bis jetzt profitiert. Zahlreiche Übertritte und vor allem Zuwächse in den westlichen Bundesländern belegen das. Wir leben in wendereicher, gärender Inkubationszeit. Neues bildet sich, alte Strukturen zerfallen. Werte verlieren ihre richtungweisende Funktion. Deswegen ist eine Prognose über das Schicksal der SPD und den weiteren Aufstieg der Partei „Die Linke“, über Kooperation und Konkurrenz, nicht möglich. Folglich kann es auch keine therapeutischen Ratschläge geben. Möglich ist allein die Diagnose. Der Aufstieg der PDS ist von den etablierten Parteien, in erster Linie von der SPD, zu verantworten. Die Grünen haben mit der bisherigen PDS nicht koalitiert. Allerdings hatten sie auch mangels parlamentarischer Vertretung in den östlichen Bundesländern dazu keine Gelegenheit. Sie stehen aber als potentielle Bündnispartner für eine Linkskoalition bereit. Seit 1998 gibt es in Deutschland eine rechnerische, wenngleich keine politisch aktuelle rot-rot-grüne Mehrheit, die jederzeit aktiviert werden könnte. Ob die mögliche Koalition je verwirklicht wird, muß dahinstehen. Aber es gilt, sich darauf einzustellen.

Kapitel 7

Warum ist die Linke trotz früherer Pleiten heute erfolgreich?

Die Antwort auf die Titelfrage dieses Abschnitts lautet: Weil es eine Erziehung zum und eine Gewöhnung an den Wohlfahrtsstaat gibt. Dieser wird verstanden als eine der Daseinsfürsorge dienende Institution. Eine Mentalität der Vollkaskoversicherung vom Kindergarten bis zum Beerdigungsgeld ist geschaffen worden. Wirtschaftliche und damit soziale Sicherheit rangieren als Wert vor allem anderen. Erstrebt werden Fürsorge und Vorsorge und zwar in dieser Reihenfolge. Das will nicht nur die traditionelle Linke, sondern buchstäblich alle Bürger, auch die Schicht, die man auch heute noch verkürzt „das Bürgertum“ nennt, obwohl es kein Besitzbürgertum mehr ist wie vor 1918. Der Wohlfahrtsstaat wird auch von dieser Schicht als das real existierende Schlaraffenland empfunden. Dieses wurde ab 1957 ausgebaut, auch im Ausland, am ausgeprägtesten in Schweden. Inzwischen ist diese Entwicklung an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gekommen. Der Wohlfahrtsstaat hat aber ein staatlich garantiertes, behagliches Lebensgefühl in der Industrielwelt (der sog. „Ersten Welt“) hervorgerufen.

„Wer nicht vor der Revolution gelebt hat, kennt nicht die Süße des Lebens“, sagte Talleyrand und meinte die Revolution von 1789. Wer nicht zwischen 1950 und 1990 in einer der westlichen Demokratien der nördlichen Erdhalbkugel gelebt hat, kennt nicht die Behaglichkeit des sozial abgesicherten Lebens. Nie ging es den dort lebenden Menschen so gut. Das prägt das Lebensgefühl, eben das **Gefühl**, nicht unbedingt das Bewußtsein, d.h. die Ratio. Wenn dieser einmal erreichte Standard bedroht wird, fallen bisherige sozialistische Ziele (das Streben nach sozialer Sicherheit) und konservative (das Streben nach Erhalt des status quo) zusammen. Wie kann das geschehen? In den Industriegesellschaften war soziale Sicherheit nicht mehr Utopie, sondern Realität. Der zu erstrebende und der zu bewahrende Zustand wurden eins. Der Unterschied zwischen Progressismus und Konservatismus war eingeebnet. Aber nur, was die soziale Situation

beträf. In der Politik dagegen gab es Wandel, Erneuerung, Reform mit der Tendenz zur Beschneidung des status quo. Einschränkung statt weiteren Ausbaues des Wohlstandes. Deshalb blieb im Politischen der Unterschied zwischen Progressismus und Konservatismus erhalten, nur waren jetzt Inhalte teilweise vertauscht. Bisherige konservative Positionen wurden von den bisher Progressiven vertreten und umgekehrt. Dies verwirrt die Gegenwartsmenschen sehr.

Es bleibt deswegen festzuhalten, daß die Ursache der Linksdrift nicht im parteipolitischen Bereich, also in ideologischen Anstrengungen der Partei „Die Linke“ oder der SPD liegt, sondern im Bereiche der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Sozialpsychologie.

Die Akzeptanz „Der Linken“ wird deutlich an einem Grundsatzartikel, den Oskar Lafontaine in der FAZ zum Thema „Freiheit durch Sozialismus“ präsentieren konnte (FAZ, 9.7.07, S. 7). Hier offenbarte er die Parteiziele, Schlüsselbereiche der Wirtschaft einer demokratischen und gesellschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen (also zu sozialisieren oder, wie bekannt, in „Volkseigentum“ zu überführen). Auch die Energiewirtschaft, Bahn, Strom-, Gas-, Wasserversorgung und der Telekommunikationsbereich sollen unter „gesellschaftliche Verantwortung.“

Offen heißt es, „erst ein starker Staat, der die Schutzrechte der Schwachen sichert, ermöglicht eine freie Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund füllen sich die alten Begriffe der Verstaatlichung und Vergesellschaftung mit neuem Inhalt.“ Durchgesetzt werden sollen diese Ziele mit dem politischen, dem Generalstreik. Während dieses kaum verhüllte Bekenntnis zur Revolution wohl kaum breitere Zustimmung finden dürfte, ist es mit Lafontaines Fazit angesichts zunehmender sozialer Spannungen, die von der „Teuerung“ veranlaßt wurden, anders: „Auch bei uns hat die Bevölkerung Gründe, sich zur Wehr zu setzen. Seit Jahren erlebt sie den Abbau des Sozialstaates, der ihr Halt und Sicherheit gab. Ein armutsfester Sozialstaat ist aber die Voraussetzung der Freiheit. Wer weiß, daß er, wenn er krank ist, gut versorgt wird, wer keine Angst hat, im Alter hungern zu müssen, und

wer im Falle der Arbeitslosigkeit nicht mit einer deutlichen Verschlechterung seiner Lebensbedingungen rechnen muß, kann seine Zukunft planen.

Daß die sozialen Rechte Voraussetzung einer freien Gesellschaft sind, weiß man seit der Französischen Revolution. Was nützt einem Analphabeten die Pressefreiheit? Was nützt den Hungernden das Wahlrecht? Was nützt die Gedanken- und Versammlungsfreiheit den Aidskranken in Afrika? Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine Republik.“ (a.a.O.)

Das Institut für Demoskopie, Allensbach ermittelte im Juli 2007, auf die Frage: „Ich frage mich, was das für eine Freiheit sein soll, in der Millionen arbeitslos sind, immer mehr Leute von der Sozialhilfe leben müssen und die Großindustrie Rekordgewinne macht“, hätten 62% zustimmend reagiert, 9% mehr als im Jahre 2002. Auf die Frage, ob die SPD oder „Die Linke“ den Sozialstaat verteidige, für soziale Gerechtigkeit eintrete, mehr Gleichheit in der Gesellschaft wolle, soziale Unterschiede abbaue, das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Ost und West stärke, besiegte ausnahmslos „Die Linke“ die SPD. (FAZ 18.7.2007).

Die Antwort auf die Frage, warum die Linkspartei trotz des blamablen Endes der Mutterpartei SED heute wieder recht gut dasteht, muß den etablierten Parteien die Hauptverantwortung zuweisen. Sie haben die PDS/„Die Linke“ demokratisch salonfähig gemacht und vom Makel des Totalitarismus gereinigt.

Die Reformpolitik der Bundesregierungen Schröder und Merkel, die Reform als Restriktion sozialer Errungenschaften betrieben, schockierte die Vollkasko-Mentalität der Wohlstandsbürger derart, daß diese sich zum Teil der Partei zuwandten, die Bewahrung des Wohlstandsstatus quo versprach, also einer sozialkonservativen Partei.

Moralische Hemmungen brauchte man nicht zu haben, denn diese Partei war ja obrigkeitlich anerkannt und als Teil des „demokratischen

Parteiensystems“ akzeptiert, von dem nur „die Rechte“ unter antifaschistischen Vorzeichen „ausgegrenzt“ war.

Der wunderbare Aufstieg der PDS/„Die Linke“ ist alles andere als ein Wunder.

Kapitel 8

Was blüht uns? Was Rot-Rot-Grün alles anrichten kann.

Hier unternehmen wir einen nicht unproblematischen Versuch: den, einer Antwort auf die Frage nach den Folgen einer rot-rot-grünen Herrschaft. Da ist einmal die unselige deutsche Neigung, stets einen Untergang, entweder der Welt oder des Abendlandes oder wenigstens Deutschlands zu wittern. Meistens lebt der Untergangskandidat ganz komfortabel weiter. Ferner hat sich oft gezeigt, wie es um die prognostische Kompetenz der Sozialwissenschaften und linker Intellektueller steht. Die Prognosefähigkeit der Politikwissenschaft hat kläglich vor dem Aufbruch des Islamismus, der Etablierung des „Gottesstaates“ im Iran, dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der Wiederherstellung der deutschen Einheit versagt. Nichts wurde vorausgesehen! Auch die angeblich wissenschaftlich zuverlässige Wahlprognostik hat in zahlreichen Fällen ein total falsches Ergebnis vorhergesagt. Derartige Fehlprognosen, die nachher Anlaß zu spöttischer Heiterkeit bieten, hat es auch früher schon gegeben. „Hitler, ein Diktator, der es nicht wird“, prophezeite Hans Zehrer, Chefredakteur der Zeitschrift „Die Tat“, am 15. Januar 1933. Zwei Wochen später war er's. Der frühere sozialdemokratische Reichspräsident Paul Löbe forderte „Setzt Hitler in den Sattel, damit er sich durchreitet“. Hier hat Löbe sogar recht behalten, aber erst 12 Jahre und eine Katastrophe später. So hatte er es auch nicht gemeint. Kurt Tucholsky schließlich glaubte, der Antisemitismus der Nazis sei nicht ernstzunehmen. Die armen, osteuropäischen Juden würden sie hauen, aber mit den reichen werde ein Arrangement stattfinden. (Herr Wendriner steht unter der Diktatur, 1930). Auch hier gilt: Nichts wurde vorausgesehen, alles falsch eingeschätzt.

Daraus folgt, daß zuverlässige Voraussagen Konditional-Prognosen sein müssen. Das heißt, unter der Voraussetzung, die hier und heute festgestellten Bedingungen bleiben, kann man für eine begrenzte Zukunft Voraussagen wagen. Sie sollten nach dem folgenden Schema aufgebaut sein: Eine Entwicklung ist denkbar – möglich –

wahrscheinlich – sicher. Diese Schritte bauen aufeinander auf. Solche einschränkenden Bemerkungen erscheinen notwendig, wenn es um die Folgenabschätzung einer rot-rot-grünen, also linksextrem infiltrierten Bundesregierung geht. Würde hier doch eine Partei an der Macht beteiligt, deren geistige, organisatorische und politische Vorläufer bis 1989/90 als Inbegriff des Feindes der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ galten und die dementsprechend bekämpft und „ausgegrenzt“ wurden. Heute werden sie zu Hütern eben dieser Grundordnung bestellt. Ist es ein Wunder, daß manche von einer Verwandlung der Bundesrepublik in eine „DDR-light“ sprechen?

Die angemahnte prognostische Vorsicht legt nahe, hier **denkbare** und **mögliche** Entwicklungen zu bezeichnen. Ob sie wahrscheinlich oder gar sicher sind, muß ausdrücklich offen bleiben. Es kann so kommen. Darauf sollte man sich einstellen und Gegenmaßnahmen vorbereiten. Aber Hysterie und Panik sind genauso zu vermeiden, wie stumpfe, lethargische Hinnahme des vermeintlich Unvermeidbaren.

Zu vermeiden ist auch eine nationale Nabelschau. Die uns bewegenden Probleme müssen in der Regel im internationalen Zusammenhang gesehen werden.

Die Überalterung, geringe Geburtenrate, Nicht-Integration von Angehörigen fremder Kulturen, die zum Teil nicht bereit, zum Teil nicht fähig zur Integration sind, schwindende politische, soziale, wirtschaftliche, äußere Sicherheit, Rückbildung des fürsorglichen Wohlfahrtsstaates in einen vorsorgenden Sozialstaat – daraus folgen Verarmungsängste, Furcht vor Arbeitsplatzverlusten, die mit dem Aufstieg neuer asiatischer Mächte (China, Indien) zusammenhängen: das alles sind internationale Probleme, die aber auf die deutsche Innenpolitik und die Mentalität der Bevölkerung Auswirkungen haben. In diesem Zusammenhang ist auch der Aufstieg der PDS („Die Linke“) als einer sozialkonservativen, aber antikapitalistisch und sozialistisch aufgeputzten Truppe zu sehen. Sie ist nur ein kleiner Teilaspekt des internationalen Geschehens, aber dennoch wichtig, weil sie auf Lebensgestaltung und Eigentum, Freiheit und

Selbstbestimmung der deutschen Staatsbürger Einfluß nehmen könnte. Was also **kann** uns (aber muß nicht) widerfahren?

Die Partei „Die Linke“ und ihre Vorläufer seit 1990 unterscheiden sich von der SED, aus der sie hervorgegangen sind. Allzu kurzschlüssig wird sie oft als „Nachfolgepartei“, gar als „Fortsetzung der SED“ bezeichnet. Sie ist aber trotz mancher personellen Kontinuität keine Weltanschauungspartei mehr, sondern eine Interessenvertretung der „Ossis“ allgemein und insbesondere der sich deklassiert fühlenden „systemnahen“ Personen, vulgo: der Bonzen aus DDR-Partei- und Staatsapparat.

Aber ist das bei den anderen etablierten Kartellparteien grundsätzlich anders? Überall zeigt sich der Verfall bisheriger ideologischer (weltanschaulicher) Bindungen. An deren Stelle tritt die Interessenvertretung für die eigenen Funktionäre und die Klientel. Sicher gibt es auch Gegenbeispiele. Der SPD laufen Teile der bisherigen Sozialstaats-Begünstigten weg. Die CDU verliert Christen und die traditionellen Nationalkonservativen. Die FDP wollte die „Besserverdienenden“ als Klientel und retirierte schleunig, als sie merkte, daß dies keine Wählerstimmen bringt. Die Grünen wandelten sich wundersam von der grundsatztreuen Fundamentalopposition zur opportunistischen Postenverteilungspartei.

Es bleibt die generelle Feststellung des Bedeutungsverlustes der Ideologien. Sie sind von mitreißenden säkularen Religionen zur banalen Rechtfertigungs-Propaganda der Alltags-Politik, zur Legitimierung der Posten- und Einflußwahrung geschrumpft.

Oben, im vorigen Abschnitt 7. „Warum ist die Linke trotz früherer Pleiten heute erfolgreich?“ haben wir gehört, was von einer rot-rot-grünen Regierung möglicherweise zu erwarten ist. Zusammengefaßt: ein vormundschaftlicher Staat, der die Selbstentscheidung der Staatsbürger noch weiter einengt, als dies ohnehin bereits geschieht: Noch mehr Bspitzelung, Bevormundung, Verbote aller nichtlinken Verbände und Publikationen, Zugriff auf Privatvermögen,

„Umverteilung“ unter der Überschrift „Gerechtigkeit“, verstärkter Mißbrauch der Justiz zur Terrorisierung abweichender Meinungen. Bereits jetzt wird von den Etablierten versucht, „die Rechte“ „auszugrenzen“ („Kampf gegen Rechts“). Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion will verhindern, daß rechte Parteien an der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln teilhaben (FAZ, 9.7.2007, 22.8.2007, S. 2). Dies ist nur ein Beispiel von zahlreichen ähnlichen. Eine solche Tendenz, gestärkt vom Volksfronkitt „Antifa“, wird sich bei einer Linkspartei-Regierungsbeteiligung verstärken. Er ist der gemeinsame Nenner für die Kooperation von Rot-Rot-Grün und darüber hinaus.

Auch das Geschichtsbild, das Selbstbild Deutschlands, ist veränderlich. Seine linkssozialistische, anarchistoide, anti-traditionalistische Deutung wird zunehmen. Die DDR wird durchaus distanziert betrachtet, aber auf eigenartige Weise: Die Linke selbst wendet sich gegen den „Kasernenhof-Sozialismus“, gegen parteibürokratische Herrschaft. Sie kritisiert den „Realsozialismus“, der apologetisch als Entartung der reinen sozialistischen Idee dargestellt wird.

Herbert Marcuse (1898 – 1979), Idol der linken Protestbewegung von 1968, hat den Gedanken der „repressiven Toleranz“ entwickelt. Toleranz gilt nur für fortschrittliche, emanzipative Kräfte. Konservative, rechte, das Bestehende und das heißt das „schlechte“ (!) Alte verteidigende Meinungen aber sind nicht zu tolerieren. Nur linke Ideen, da emanzipatorisch, auf Freiheit gerichtet, haben Anspruch darauf. Diese Auffassung hat sich – auch ohne Marcuse zu nennen – in der deutschen Politik auch bei den Etablierten durchgesetzt. Wenn „Die Linke“ Einfluß bekommt, wird sie sich verstärken.

Um Plan und Wirklichkeit einer Regierungsbeteiligung der „Linken“ realistisch einzuschätzen, empfiehlt es sich, einmal das Programm der PDS für Mecklenburg-Vorpommern von 1998 anzusehen. In diesem Jahre wurde dort die SPD-PDS-Koalitionsregierung gebildet. Die PDS wollte den Religionsunterricht als ordentliches Schulfach abschaffen,

das Ausländergesetz zugunsten der Asylanten „verbessern“, ein Antidiskriminierungsgesetz durchsetzen, die Polizei zur „Bürgerpolizei“ „reformieren“, den Verfassungsschutz auflösen, den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen abschaffen, Stasi-IM und –Mitarbeiter dürften nicht mehr benachteiligt werden.

Wir können feststellen: In zwei Legislaturperioden hat die PDS fast nichts durchsetzen können. Ein Anlaß zur Beruhigung?

Was also blüht uns? Gesinnungsdruck, weiterer Abbau der persönlichen Freiheit, konfiskatorische Steuern, Druck durch Polizei und Justiz. Die Folgen für Wirtschaft, Sozialstaat und inneren Frieden sind unabsehbar. Gewiß wird es keine neue DDR, schon gar keinen neuen Stalinismus geben, wie manchmal allzu dramatisierend befürchtet. Die Partei „Die Linke“ ist ja sehr wahrscheinlich auf Koalitionspartner angewiesen, die allzu ungehemmte linksextreme Aktionsabsichten bremsen werden.

Außerdem will das Institut für Demoskopie ermittelt haben, daß zwar die Wähler seit 1998 eine rot-rot-grüne Linksmehrheit ermöglicht haben, aber trotzdem eine solche Regierung nicht wünschen. Nur 8% der Wähler insgesamt, 7% der SPD-Anhänger bejahen sie. Die Abstoßungsbemühungen gegenüber „Der Linken“ sind bei den SPD-Wählern größer als bei den Grünen. (Renate Köcher in FAZ, 15.8.2007, S. 5)

Ist die bisherige Erfolglosigkeit von PDS-beteiligten Landesregierungen (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin) ein Anzeichen für die Gefahrlosigkeit dieser linksextremen Partei?

Seitdem die von **allen** etablierten Kartellparteien salonfähig gemachte PDS sich zur Partei „Die Linke“ wandelte und Wahlerfolge auch in Westdeutschland erzielte, fühlen sich die Etablierten bedroht. Jetzt warnen sie vor dem neuen Konkurrenten. Aber dies vernebelt, daß die Gefährdung der Freiheit und der schleichende Verfassungswandel von den Etablierten (CDU/CSU, Grünen, mit Abstand auch von der FDP)

ausgeht. Sie verantworten die zunehmende Bevormundung und die Verbotspolitik: Verbot des Rauchens in der Öffentlichkeit, Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Neigung zur Zensur, Bücherverbote, das Antidiskriminierungsgesetz, geplanter Einsatz von Jugendlichen als „Testkäufer“, vulgo Spitzel. Seit die in „Die Linke“ umbenannte und erfolgreich auf Westdeutschland ausgedehnte PDS die Posten und Interessen der Etablierten bedroht, ist sie auch deren Feind. Rolle rückwärts der Etablierten. Nicht Moral, sondern Interessen sind deren Triebkraft.

Wenn die Politikwissenschaft nicht versagte und die fernsten Probleme untersuchte, müßte sie fragen, ob Demokratie und Freiheit nicht durch Erosion gefährdet sind. Sie müßte den Mut aufbringen, auch die Etablierten kritisch zu durchleuchten. Im antiken Griechenland, angeblich Mutterland der Demokratie, hat diese Regierungsform nur kurze Zeit bestanden. Die römische Republik, zwar keine Demokratie, aber doch immerhin ein partizipatives System, wurde durch den Caesarismus, der bald zum Caesarenwahn entartete, abgelöst. Steht auch die im 19. und 20. Jahrhundert erkämpfte Freiheit und Mitbestimmung der Staatsbürger heute vor dem Aus? Zweifellos nehmen totalitäre Elemente wie Meinungslenkung und Gesinnungskontrolle zu.

Eine konservative Aufgabe heute ist die Bewahrung der Freiheit, verstanden als Selbstbestimmung. Und die wird nicht nur von der Partei „Die Linke“ bedroht.

Kapitel 9

Was können und sollten wir gegen die unterschätzte linke Gefahr tun?

Linksdrift? Links und Rechts – alles vertauscht. Wir leben wirklich in einer wirren, widersprüchlichen Zeit. Jede Aussage gilt, aber das Gegenteil auch.

Zweifellos gibt es diese Linksdrift in der deutschen Politik. Schließlich haben die Bundestagswahlen seit 1998 und zahlreiche Prognosen der Meinungsforschung den Beweis dafür geliefert. Wie wir wissen, handelt es sich vorerst um eine rechnerische Mehrheit. Aber die Länderkoalitionen SPD/PDS und mehrere Ankündigungen prominenter Sozialdemokraten zeigen: Die Koalition auf Bundesebene ist nur eine Frage der Zeit, falls die Wahlergebnisse es ermöglichen. Wie schon gesagt, droht dann kein neues SED-System, aber doch ein weiterer Abbau von Freiheit (Selbstbestimmung) und Wohlstand. Hier ist aktive und passive Gegenwehr angebracht, möglich und nötig.

Zur passiven zählt die Emigration. Es mag lächerlich erscheinen, aus einer funktionierenden Demokratie, die dem bundesrepublikanischen Selbstverständnis entspricht, emigrieren zu wollen. Aber nur nicht voreilig! Aus vielen westlichen Demokratien gibt es politische Absetzbewegungen wegen politischer Verfolgung, auch aus der Bundesrepublik Deutschland. Mit Emigration als Reaktion auf politische Bedrückung hat man in Deutschland Erfahrung. Wir erinnern an die Flucht aus der SBZ/DDR. Drei Millionen Bürger sind dem sozialistischen Paradies entlaufen. Zuvor schon emigrierten mehrere 100.000 aus dem nationalsozialistischen Deutschland. Aber sehr selten gab es nach 1933 und vor 1989 aktiven Widerstand. Der Terror der jeweiligen Machthaber erklärt das nicht allein. Es muß auch an der deutschen Mentalität liegen, wie ein Blick auf ähnliche Vorgänge des Auslandes zeigt. Die sowjetische Revolution von 1917 wurde von der Opposition nicht resigniert und tatenlos hingenommen. Es gab bewaffneten Widerstand, und ein jahrelanger Bürgerkrieg

folgte. In Spanien setzte sich Franco erst in einem blutigen Krieg (1936-1939) durch. Die russische und die spanische Opposition war vor der Emigration nicht kampflos gewichen. In Deutschland ist sie nach 1933 und nach 1945/49 kampflos weggelaufen. Der 17. Juni 1953 war ein unbewaffneter und deshalb von vornherein aussichtsloser, wenngleich mutiger Ansatz, aber keine Revolution. Immerhin: Im 19. Jahrhundert hat es auch in Deutschland den Mut zum bewaffneten Widerstand gegeben: 1848/49 kämpften Oppositionelle erst auf den Barrikaden, um nach dem Scheitern die Emigration ins Ausland auf sich zu nehmen. Der einzige Fall eines bewaffneten Widerstandes im 20. Jahrhundert ist der 20. Juli 1944.

Hierzulande hat es stets politische Emigration neben der wirtschaftlich motivierten Auswanderung gegeben. Namen wie Friedrich List, Karl Marx, Arnold Ruge, Carl Schurz stehen für viele andere. Viele 100.000 sind im 19. und 20. Jahrhundert aus wirtschaftlicher Not nach Amerika oder Australien ausgewandert.

Auch aus der heutigen Bundesrepublik gibt es eine Emigration: Einige wenige Linksextremisten sind vor 1989 in die DDR oder Ostblockstaaten geflohen, Nationalsozialisten und andere Rechte nach Spanien oder Südamerika. Deshalb ist es kein Wunder, daß gelegentlich zu hören ist: „Wenn die PDS („Die Linke“) zur Macht kommt, emigriere ich!“

Als eine bessere, praktikable Methode des vorbeugenden Widerstandes bleibt die Aufklärung. Obwohl es selbstverständlich sein sollte, muß doch immer wieder betont werden: Die besten moralischen Argumente gegen die extreme Linke nützen gar nichts, wenn sie den Interessen der Etablierten widersprechen. Wenn die SPD Erwartungen in rot-rote Koalitionen setzt, um sich von den Grünen zu lösen und sich von der CDU/CSU absetzen zu können, dann wird kein noch so gutes Zureden die linke Kumpanei verhindern können. Die CDU hat sich zeitweise dem Irrtum hingegeben, PDS-Erfolge würden auf Kosten der SPD und damit zum Nutzen der CDU verlaufen. Wenn die SPD bemerkt, wofür es in letzter Zeit Merkmale gibt, daß die

Etablierung der Partei „Die Linke“ ihr mehr schadet als nützt, wird auch bei ihr die Bereitschaft zur Bekämpfung „Der Linken“ wachsen. Zu diesen Abwehrmaßnahmen sollte eine Überprüfung der Verfassungskonformität dieser Partei gehören. Es gibt fundierte juristische Aussagen, die auf die Kontinuität der 1956 verbotenen KPD mit ihrer Mutterpartei, der SED, hinweisen. Die KPD war der westdeutsche Flügel der SED. Hieraus könnte wenigstens eine Prüfung der Verfassungskonformität „Der Linken“ abgeleitet werden. Es ist kein Widerspruch, wenn oben die undifferenzierte Gleichsetzung der heutigen Partei „Die Linke“ mit der SED abgelehnt wurde. In der „Linken“ gibt es organisierte Untergruppen (Kommunistische Plattform, ehemalige MfS-Kader und westdeutsche ehemalige Maoisten) bei denen eine Überprüfung der Verfassungskonformität nahe liegt. Neuerdings hat uns Jochen Stadt noch einmal eindrucksvoll auf die SED-Stasi-Kumpanei mit westdeutschen Terroristen hingewiesen (FAZ, 5.10.2007, S. 12). Ohne die Hilfe der DDR, hätten die linken Terroristen nicht so wirkungsvoll mörderisch agieren können, wie es geschah. Darüber hinaus hat die Staatssicherheit regelrechte Mordplanungen erarbeitet. Die Verbindungen zwischen Stasi-Kadern und der Partei „Die Linke“ verdienen kritische Überprüfung.

Wie gesagt, die etablierten Parteien neigen zur Vormundschaftlichkeit. Deshalb sind Parteiverbote, die den etablierten Kartellparteien unangenehme Konkurrenz vom Halse schaffen sollen, abzulehnen. Dennoch sollte wegen des Prestiges – die „Linke“ gehöre zum demokratischen, antifaschistisch geadelten Kartellparteien-Spektrum – ihre Verfassungskonformität überprüft werden. Dies kann selbstverständlich nicht durch die Verfassungsgerichtsbarkeit geschehen, da dies auf ein Verbotsverfahren hinauslief. Vielmehr sind hier die Innenverwaltungen, die Institutionen der Politischen Bildung und die Sozialwissenschaften gefragt.

Die Linksdrift ist nicht in erster Linie der Partei „Die Linke“ anzurechnen. Sie ist eher ein Produkt als ein Verursacher einer Entwicklung, die man als linken Sozialkonservatismus bezeichnen

kann. Kurz zusammengefaßt ist darunter zu verstehen der Wunsch nach Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates, der Vollkaskofürsorge durch die öffentliche Hand, die Abneigung gegen einschränkende, die Leistungen abbauende Reformen. Deshalb sind zahlreiche Wähler der „Linken“ ehrlich nicht für eine DDR-Renaissance. Wenn „Die Linke“ den Bürgern von den Etablierten als „demokratische“ Partei vorgeführt wird, dann akzeptieren sie es gutgläubig und obrigkeitshörig. Wer als salonfähig gilt, ist auch wählbar.

Angesichts des Versagens der Etablierten und der Schwäche der Rechten gibt es kein praktikables Patentrezept für die Umkehr der Linksdrift.

Im Jahre 1954 veröffentlichte die Bundeszentrale für politische Bildung, die damals noch „Bundeszentrale für Heimatdienst“ hieß, eine Schrift des damals sehr bekannten, heute weitgehend vergessenen Philosophen und Pädagogen Theodor Litt: „Die politische Selbsterziehung des deutschen Volkes“. Darin legte der Verfasser dar, die NS-Herrschaft habe alle Deutschen beeinflusst. Deshalb müssen sich die heutigen Bürger selbst erziehen. Es gibt keine ältere Generation, die dies tun kann, kein Außenstehender kann diese Aufgabe vollbringen. In diesem Sinne kann man auch heute fordern: Selbsterziehung des Volkes – Mißtrauen gegen Untertänigkeit der Bürger und gegen die Vormundschaftlichkeit der Amtspersonen. Können nicht die Konservativen, die Rechten, als Vermittler der neuen Botschaft auftreten? Nein, gerade sie haben eine Selbstreform, eine Erneuerung ihres Selbstbildes nötig. Bisher galt für die Rechten: Ordnung rangiert vor Freiheit. Heute gilt das Gegenteil: Die Freiheit ist zu bewahren gegen die Vormundschaftlichkeit der Etablierten. Der deutsche Untertan war stets obrigkeitshörig. Jetzt aber ist schärfstes Mißtrauen gegen Machtansprüche parteipolitisierter Behörden angebracht. Der deutschen Geistestradiation entspricht es, staatstreu zu sein. „Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee“ (Hegel), „Sowenig, wie bei Gott die Sünde, kann beim Staate das Unrecht sein“ (Hans Kelsen). Gestern galt: Dem Staate wird kein Unrecht zugetraut, heute hingegen gibt es kein Unrecht, das man dem Staate nicht

zutraute. Diesen Wandel (in der Soziologie spricht man vom „Paradigmenwechsel“) sich selbst und anderen klarzumachen, ist von zentraler Bedeutung. Wenn dies verstanden wird, ist noch nichts gebessert, aber es ist eine Voraussetzung der Besserung geschaffen.

Eine andere Möglichkeit des Widerstandes besteht im Einsatz der Justiz. Weit entfernt, sie als Allheilmittel zu betrachten, ist sie doch geeignet, linksextreme Aktivitäten rechtlich zu überprüfen und in die Schranken zu weisen. Der Einsatz der Justiz aber ist teuer: hohe Gerichts- und Anwaltskosten hindern viele, die glauben, rechtzuhaben, dieses Recht auch zu beanspruchen. Deshalb ist eine Methode des Widerstandes, durch Geldspenden die Möglichkeit zu schaffen, sich der Justiz zu bedienen. Demjenigen, der den Mut und die Nervenkraft aufbringt, an die Justiz zu appellieren, kann auf diese Weise wenigstens das finanzielle Risiko abgenommen werden. Solange es nicht gelungen ist, die Justiz völlig gleichzuschalten – etwa durch Parteipolitisierung der Personalpolitik – ist dies die aussichtsreichste und ggf. effektivste Methode des Widerstandes.

Im Bereiche des ehemaligen „Ostblocks“ haben wir vor 1991 erlebt, wie eine Untergrund-Opposition, begünstigt durch die zunehmende Schwäche des Systems, Gehör und damit Einfluß gewinnen konnte. Durchaus möglich, daß auch hier und heute das scheinbar mächtige Parteienkartell und sein selbst-gleichgeschalteter Medienapparat zum Kurswechsel veranlaßt wird.

Der britische Sozialwissenschaftler Michael Oakeshott (1901 – 1990), Direktor der London School of Economics stellte bereits 1951 fest: „Politik ist wie das Segeln auf einem grenzen- und bodenlosen Meer. Es gibt weder einen Hafen zum Unterschlupf, noch einen Meeresboden für den Anker. Weder Ausgangspunkt, noch bestimmtes Ziel. Wir können nur eines tun: Nämlich das Schiff auf hoher See flott zu halten.“

Kapitel 10

Literaturübersicht

An dieser Stelle erwartet der gebildete Leser ein Verzeichnis der benutzten Literatur, vielleicht sogar eine Bibliographie der über die PDS/„Die Linke“ und die Linksdrift erschienenen Literatur. Das allerdings wäre für den Zweck dieser Schrift übertrieben. Seit 1989 hat sich eine unüberschaubare, mehrere 1.000 Titel umfassende Publikationsflut über die Leser ergossen – eher verwirrend als aufklärend. Erinnern wir uns an ein Wort des seinerzeit berühmten Historikers Hermann Heimpel: „Belesenheit verhindert Neuentdeckungen“.

Angesichts der nicht zu bewältigenden Fülle an Spezialliteratur kommt es auf die zusammenfassende, popularisierende Überblicksliteratur an. Dies wird hier versucht. Eine solche Darstellung muß nicht alles, aber das Wesentliche erfassen.

Grundlegend für die Frühzeit (1989 bis in die neunziger Jahre) ist das Buch von Patrick Moreau und Jürgen Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr. Bonn: Bouvier 1996. Für die ideologische Vorgeschichte der Linksdrift siehe: Hans-Helmuth Knütter: Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken. Berlin: Ullstein, 2. Aufl. 1994 und Hans-Helmuth Knütter und Stefan Winckler (Herausg.): Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr. Graz: L. Stocker 2002. Besonders wichtig ist die große Untersuchung von Claus M. Wolfschlag: Das „antifaschistische Milieu“. Vom „Schwarzen Block“ zur „Lichterkette“ – die politische Repression gegen „Rechtsextremismus“ in der Bundesrepublik Deutschland. Graz: L. Stocker 2001. Auch das Buch von Tim Peters: Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht. Wiesbaden, VS-Verlag 2006, ist hervorzuheben.

Wichtige Informationen wurden einer unveröffentlichten Magisterarbeit entnommen: Sven Zetzsche: Die Partei des Demokratischen

Sozialismus. Ihr politisches Selbstverständnis und Verhältnis zur Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland. (Bonn 1999)
Schließlich ist die Zeitschrift „Cicero“, H. 9/2007 wegen der Definition der politischen Standorte „links“ und „rechts“ zu erwähnen.

Kapitel 11

Eine kleine Selbstdarstellung vom Herausgeber

1980 wurde die „Bürgerinitiative Demokraten für Strauß“ gegründet, um Franz Josef Strauß bei seiner Kandidatur zum Bundeskanzler zu unterstützen. Initiatoren waren u.a. Axel Springer, Gerhard Löwenthal, Olympia-Siegerin Jutta Heine, Schachgroßmeister Ludek Pachman.

Die Geschäftsführung übernahm Joachim Siegerist, zuvor Redaktionsleiter der BILD-Zeitung in Bremen. Der „Bürgerinitiative Demokraten für Strauß“ gelang es, insbesondere außerhalb Bayerns, eine große Wählerschaft für Franz Josef Strauß zu mobilisieren.

Nach der Wahl beschloß man: „Wir halten die gewonnenen Freunde in einer Bürgerinitiative zusammen“. Die Konservative Aktion e.V. wurde gegründet, aus der 1985 die Deutschen Konservativen e.V. entstanden.

Die Konservative Aktion e.V. schoß in den Achtzigern ein ganzes Feuerwerk politischer Aktionen ab. So wurde 1983 in der Bernauer Straße in Berlin das erste Loch in die Mauer geschlagen. An jedem 13. August und 17. Juni ging die Konservative Aktion nach Berlin oder an die Zonengrenze. An Tausenden von Luftballons ließ sie Flugblätter gegen die SED-Machthaber in die „DDR“ fliegen. Die „DDR“-Armee versuchte mit Hubschrauber, die Flugblätter abzudrängen.

Als Gegengewicht zu den wütenden anti-amerikanischen Aktionen der Linken startete die Konservative Aktion bewußt pro-amerikanische Veranstaltungen. Der damalige US-Präsident Reagan, zu dem Joachim Siegerist enge Kontakte hatte, dankte es dem Verband mit einem persönlichen Schreiben.

Auch nach dem Fall der Mauer sprachen sich die Deutschen Konservativen öffentlich gegen jegliche Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei PDS aus (seit 1998 bzw. 2001 in Mecklenburg-

Vorpommern und Berlin zusammen mit der SPD), da sie den Sozialisten vorwerfen, daß ihre Anhängerschaft noch immer die gleiche ist wie zu DDR-Zeiten, als die SED Staatspartei war, was in Ostdeutschland auch weitgehend der Fall ist, und diese auch die alten Überzeugungen noch nicht abgelegt habe.

Zum Sozialismus vertreten die Konservativen die Auffassung, daß dieser menschenverachtend sei und die Freiheit jedes Bürgers beschneide, wobei sie hierbei insbesondere die Erfahrungen des Nationalsozialismus und der sowjetisch dominierten sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas anführen.

Auf einer ihrer Demonstrationsveranstaltungen gegen eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sprachen in diesem Zusammenhang auch Vertreter der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und der „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“, um die Partei an ihre historische Verantwortung zu erinnern.

Heute sind DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. unbestreitbar die wohl bedeutendste demokratische, konservative Bewegung in Deutschland. Mit mehr als 40.000 Anhängern bestehen sie den täglichen Kampf gegen die Linken und die linken Medien.

**Warum ist die Linke so erfolgreich
und welche Gründe gibt es dafür?
Angesichts des Versagens
der Etablierten und der Schwäche
der Rechten gibt es kein praktikables
Patentrezept für die Umkehr
des Linksdrifts.
Doch was können und müssen
wir dagegen tun - um die Volksfront
zu verhindern?
Eine packende Darstellung.**



Der Geist Honeckers lebt weiter - und Lafontaine haucht ihm Leben ein